

Annonsen
Annahme-Bureau
In Polen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Wilhelmsstr. 16.
Bei G. J. Kretz & Co.
Brettschäfer 14.
In Guben bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Kreisfeld,
in Breslau bei Emil Habach.

Annonsen
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. J. Hanke & Co.
Haasestein & Vogler,
Rudolph Wose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Juwelendam.“

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 97.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 9. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

1875.

Amtliches.

Berlin, 7. Februar. Der König hat den Ober-Trib.-Rath Moell hierzu zum Vicepräs. des Appell.-Ger. in Cassel mit dem Charakter als Geh. Ober-Ratsherr, und den Direktor der Staatsdruckerei, Baumeister Karl Basse, zum Mitglied der technischen Deputation für Gewerbe ernannt.

Der bish. Baumeister Emil Breda zu Heilsberg ist als I. Kreisbaumeister das. angestellt, der konzess. Marktheiter Karl Hoffeld zu Döllnburg zum I. Ober-Bergamt-Marschall bei dem Ober-Bergamt zu Breslau ernannt, der Kreisrichter Goldheim in Orlensburg zum Advokaten im Bezirk des I. Appell.-Ger. zu Frankfurt am Main, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, ernannt worden.

Die Dezentralisation im Preußischen Staats-Haus.

Berlin, 7. Februar. Die gegenwärtig für den preußischen Staat in Angriff genommene Dezentralisation ist zweifacher Natur. Einmal handelt es sich darum, die Landesverwaltung durch Einräumung einer größeren Selbständigkeit in den unteren Instanzen zu dezentralisieren, nachdem die letzteren durch Verstärkung mit Laienelementen für ihre Aufgaben tödlicher gemacht sind. Zweitens sollen bestimmte Theile aus dem Staatshaushalt überhaupt ausgeschieden und die Fürsorge für gewisse öffentliche Interessen den 15 provinzialen Komunalverbänden zugewiesen werden. Insosfern hierdurch denselben eine den deutschen Mittelstaaten in gewissen Grenzen sich annähernde Stellung geschaffen wird, auch die 1866 annexirten Landesteile einen wenn auch bescheidenen Theil ihrer früheren Selbständigkeit zu erhalten, hat diese Dezentralisation auch für die gesamte deutsche Entwicklung eine nicht zu verkennende Bedeutung. Das eben vorgelegte Gesetz wegen der Dotation der provinzialen Kommunalverbände macht in der bezeichneten Richtung wenigstens einen Anfang.

Bisher hatte nur der Provinzialhaushalt von Hannover und Nassau aufgrund der diesen Landesteilen überwiesenen Renten, der Haushalt von Hessen wegen des ihm überlassenen Staatschafes und der Haushalt der Rheinprovinz infolge des hier aus französischer Zeit überkommenen Bezirkstrassenwesens eine gewisse Bedeutung. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält auch noch für diese mit dem Strafrennenbau schon besetzten Landesteile eine erhebliche Erweiterung der kommunalen Selbständigkeit, indem sie und die übrigen Provinzen zum Neubau auch die gesamte Unterhaltung der Staatschäften überwiesen erhalten, vergestalt, daß das Begebauwesen aus dem Staatshaushalt überhaupt gänzlich ausscheidet. Neu ist auch für jene Landesteile die Überweisung der Gebammleinhrinstitute, der Ackerbau-, Wiesen- und Obstbauschulen und eines Theils der Landesmeliorationen. Im Übrigen wird überall gleichmäßig das Taubstummen-, Irren- und Blindenwesen, das Landarmenwesen, die Unterstützung milder Stiftungen, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Heilungs-, Idioten- und anderer Wohltätigkeitsanstalten auf die Provinzialverbände übertragen. Der Haushalt der Verbände zusammengekommen, erhält durch alle diese Überweisungen einen Umfang im Betrage von 45 Millionen Mark. Es kann allerdings bezwifelt werden, ob zu dieser für 15 Verbände doch immerhin bescheidenen Summe der große Apparat von Provinziallandtagen, Provinzialausschüssen und Landesdirektoren schon in entsprechendem Verhältniß steht. Auch war in den Motiven zum ersten Dotationsgesetz von 1873 die Nede davon, den Provinzen einen Theil der materiellen Fürsorge für das Elementarunterrichtswesen zuzuweisen. Dagegen verlautet jetzt von einer Dezentralisation des Unterrichtswesens überhaupt nichts mehr. Auch könnte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht ebenso große Theile des Wasserbauwesens, das gesamte Meliorationswesen, das Gewerbeschulwesen, die Landgestüte u. dgl. zweckmäßiger den Verbänden zu überlassen wären.

Aber selbst für den vorgezeichneten Umfang einer Provinzialverwaltung können die Ministerien sich noch nicht vollständig an den Gedanken gewöhnen, daß Provinzial-Landtage das öffentliche Interesse ohne Beihilfe von Berliner Geheimräthen der Eigenart der Provinz entsprechend wahrzunehmen im Stande sind. Überall ist die Nede von Reglementen, welche die Provinziallandtage unter ministerieller Genehmigung über die Art der Verwaltung zu erlassen haben. Das gilt sowohl von den Chausseen wie von den Landesmeliorationen, den Gebammleinhrinstituten. Ja, Herr Friedenthal kann sich nicht einmal entschließen, den Provinziallandtagen die selbstständige Organisation der niederen Ackerbauschulen und landwirtschaftlichen Winterschulen zu überlassen, vielmehr soll das Oberaufsichtsrecht des Staates die erforderliche Abhilfe „gegen verderbliche der Natur der Sache zu widerlaufende Abweichungen“ zu schaffen im Stande sein. Lieber als eine derartige Dezentralisation, wobei den Ministern das Reglementen verbleibt, den Provinziallandtagen dagegen die Beschaffung der erforderlichen Gelder aufzählt, beläßt man es doch bei der bisherigen Zentralisation, da liegt das Reglementieren und beziehen in einer Hand und bleibt das erste einigermaßen an finanzielle Schranken gebunden. Mit einer wahren Selbstverwaltung verträgt sich nicht das beliebige Einsiedeln von wechselnden Ministern. Soweit das allgemeine Interesse des Staats die Aufrechterhaltung gewisser einheitlicher Normen in der Verwaltung der verschiedenen Provinzen verlangt, wird es Sache der Gesetzgebung sein, diesem Staatsinteresse den erforderlichen Ausdruck zu geben. — Die finanzielle Entschädigung der Provinzen für die ihnen neu überwiesenen Lasten, sucht der Entwurf bekanntlich durch Anweisung von festen Renten auf die Staatskasse herbeizuführen. Dabei muß natürlich ein sich im Laufe der Zeit herausstellendes Mehrbedürfnis durch besondere Provinzialsteuern gedeckt werden. Für die Bemessung der Renten kommen zwei ver-

schiedene Grundsätze zur Anwendung. Für einen Theil der den Provinzen überwiesenen Ausgaben bemüht man die Provinzialrenten nach dem Staat zur Zeit in der betreffenden Provinz obliegenden Ausgaben. Dies gilt namentlich von der Unterhaltung der Chausseen, (15 Millionen M.), von den Gebammleinhrinstituten, Ackerbauschulen und den auf rechtlicher Verbindlichkeit ruhenden Ausgaben. Für den Chausseebau, die Unterhaltung des Begebauwesens von Kreisen und Gemeinden, die Landesmeliorationen, Beiträge für Durchführung der neuen Kreisordnung und die allgemeine Provinzialverwaltung können exkl. der bereits früher abgesunkenen Provinzen Hannover, Hessen und Nassau 16,444,000 M. Jahresrente zur Vertheilung, wovon die eine Hälfte nach Maßgabe des Flächeninhalts, die andere Hälfte nach Maßgabe der Bevölkerung von 1871 vertheilt werden soll. Darin sind diejenigen 6 Millionen M. mitenthalten, welche bereits das Gesetz von 1873 auswarf. Bisher gab der Staat unmittelbar für diese Zwecke 10,444,000 M. (darunter 9 Millionen M. Chausseebau) aus, so daß hier 6 Millionen M. mehr an die Provinzen gezahlt werden, als der Staat andererseits in seinen Ausgabebetrag eingespart wird. Da geschicklich dieser Vertheilungsmäßigstab bisher nur für 9 Millionen M. feststeht, so durfte die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht richtiger wäre, statt in der etwas kommunistischen Weise bloß nach Flächeninhalt und Bevölkerung auch nach der Steuerkraft der einzelnen Provinzen die Renten zu vertheilen. *) Bei dem jetzt vorgeschlagenen Verfahren kommen die westlichen und industriellen Provinzen schlecht weg, am schlechtesten aber die Provinz Berlin, weil hier 1 Million Einwohner auf 1½ Quadratmeilen wohnen, auch jeder Berliner gegen den Durchschnitt der gesamten Einwohner des Staates mehr als das Dreifache an direkten Staatssteuern zahlt.

Die Wirkungen der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer.

Δ Biss, 7. Febr. **) Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer gibt auch hier, nachdem nunmehr die Steuerzettel pro 1875 verfügt sind, zu den manigfachen Klagen Veranlassung und es scheint daher ganz angebracht, die Wirkungen dieser Maßregel, wie dies in Nr. 64 dieser Zeitung mit Bezug auf die Stadt Breslau geschehen, auch in Bezug auf die bislang Stadt einer langer Zeit unterliegen, und was wollen wir untersuchen,

a) welche Vortheile der Staat,
b) welche die Gemeinde,
c) das einzelne Gemeindemitglied durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer erlangt hat.

Dem Staat hat nach Abzug der an die Commune zu leistenden sub b) näher spezifizierten Summen

die Schlachtsteuer im Jahre 1874 7287 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf.

die Mahlsteuer 6245 - 7 - 1 -

die Klassifizierte Einkommensteuer 1860 - - -

getragen, so daß er in Summa 15372 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf.

d. h. bei 12,000 Einwohnern (incl. Militär) aus diesen Steuern pro Kopf 1¼ Thlr. bezog.

Dagegen ist die Klassifizierte pro 1875 vorläufig und unbedeutend der d. h. also jedenfalls massenhaft vorherzuhaltenden Reaktionen, weil die betreffende Liste vom königlichen Landratshause zu Fraustadt um 33% Prozent der Feststellung durch die Einschätzungscommission gegenüber erhöht worden ist, festgelegt auf 5514 Thlr. und die Klassifizierte Einkommensteuerliste auf 3288 Thlr., so daß im besten Falle der Staat 8802 Thlr. sollten aber die Reklamationen richten, kaum über 8000 Thlr. d. h. etwa ¾ Thlr. auf den Kopf erhalten würde.

Der Staat hat daher offenbar kein gutes Geschäft durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer gemacht, falls, was wir nicht wissen können, keine Ausfälle nicht aufgewogen werden durch das Minus an Ausgaben, welches ihm durch Fortfall der Befordung der Thorfontolleure entstanden. Doch scheint dies kaum der Fall, da am biesigen Orte nur 7 Beamte überflüssig geworden und diese zusammen kaum 3000 Thlr. Gehalt bezogen.

Der Staat kann derartige Ausfälle übrigens sehr gut ertragen. Die Klassifizierte ist kontingentirt und was die Klassifizierte Einkommensteuer betrifft, so möge man erwägen, daß die ganze staatliche Personalbesteuerung nur ein Glied in der Kette der vielfachsten Steuerquellen

*) Das würde in seiner Anwendung auf Breslau heißen: Weil der Staat es versäumt hat, die Provinz Breslau steuerkräftiger zu machen, so muß sie auch weniger bekommen als jene steuerkräftigeren Provinzen, denen der Staat Universitäten, Akademien, Museen, Hoftheater, großartige Verkehrsmittel durch Staatsbahnen, Staatschäften, ja sogar (in Breslau) Kurhäuser gewährt, denn wer hat dem wird gegeben — nach dem freiheitlichen Postulat: Leistung gegen Leistung! Wir hoffen aber der Gedanke, daß der Staat keine Allgemeinschaft sondern ein lebendiger Organismus sei, der mitleidet, wenn eines seiner Glieder krankt, wird hier nicht unterdrückt werden.

Ned. d. Posener Btg.

**) Die Mahl- und Schlachtsteuer bestand bis Ende 1874 bekanntlich noch in 75 Städten und ist seitdem überall aufgehoben worden. In unserer Provinz haben 10 Städte diese Steuerumwandlung durchgemacht. Über die Wirkungen derselben haben wir bereits in Bezug der Städte Breslau, Rawitsch und Fraustadt sachgemäße Artikel gebracht. Heute folgt Breslau, und in der Folge hoffen wir aus den anderen sechs Städten der Provinz ähnliche Darstellungen zu liefern, da wir uns an sachländige Persönlichkeiten gewandt haben und das erbetene Material uns von verschiedenen anderen Seiten bereits zugeschickt worden ist. In diesen Korrespondenzen werden unsere Leser vor Allem folgende Fragen beantwortet finden: 1) Wieviel betrug bis jetzt die Mahl- und Schlachtsteuer für den Staat? 2) Was beträgt jetzt die Klassifizierte? 3) Was die Klassifizierte Einkommensteuer? 4) Was bringt der Buschlag von 20 Thlr. ein? 5) Besteht jetzt der Staat durch Klassifizierte und Klassifizierte Einkommensteuer mehr oder weniger als früher durch Mahl- und Schlachtsteuer? Wieviel? 6) Wieviel brachte die Mahl- und Schlachtsteuer der Commune?

7) Wodurch wird der Ausfall gedeckt? 8) Sind die von der Steuer führender betroffenen Lebensmittel billiger geworden? Ungefähr in welchem Verhältniß?

Ned. d. Posener Btg.

Intrate 20 Pf. die sechsgeschwerte Zelle oder deren Raum, Rettungen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angewonnen.

ist und diese letzteren in ihrer Gesamtheit in den letzten Jahren so bedeutende Überschüsse ergeben haben, (1872: 27720,000 Thlr. 1873: 21,500,000 Thlr.) daß an den Staat die erste Mahnung treten müste, auf die Steuerentlastung der Bevölkerung Bedacht zu nehmen.

In ganz anderer Lage aber befinden sich die Kommunen. Die Ausgaben aller Städte sind durchweg in Folge der nach allen Richtungen hin sich mehrenden Anforderungen an die Verwaltung in stetem Steigen begriffen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil der Staat die Siedle für rein staatliche Angelegenheiten in immer größrem Umfange in Anspruch nimmt, ohne ihnen eine entsprechende Vergütung zu gewähren. Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ohne jede Entschädigung muß daher die Kommunen ungemein hart treffen. Diese Steuer brachte der biesigen Stadt 1874:

1) an sonstigem Buschlag: 6218 Thlr. 7 Sgr. — Pf.
2) am Wahlsteuer drittel: 2251 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf.
3) das ½ der Schlachtsteuer: 266 Thlr. 2 Sgr. — Pf.

Summa: 9435 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf.

Außerdem werden an direkter Kommunalsteuer 10,000 Thlr. elaziert, so daß im Ganzen c. 20,000 Thlr. Kommunalsteuer aufgebracht wurden. In diesen 19,435 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf. kommen 2400 Thlr. Schulbeiträge welche die 3 hier vorhandenen Schulsozietäten aufbrachten, und die oben mit 1860 Thlr. aufzuführende Klassifizierte Einkommensteuer. Kurz rezipirt, brachte die biesige Gemeinde daher auf:

a) direkt: Klassifizierte Einkommensteuer 1860 Thlr.
Kommunalsteuer 10,000 Thlr.
Schulbeiträge 2400 Thlr.

Summa 14,000 Thlr.

b) indirekt: Mahl-Schlachtsteuer: 22,948 Thlr. 5 Sgr., von welchen, wie oben gesagt, 9435 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf. an die Stadt abgeführt wurden. Von diesen gab letztere 5000 Thlr. an die Schulsteuer, und verwendete 4435 Thlr. zu anderen Kommunalzwecken. Das gesamte biesige Elementarschulweinen hat daher nur einen jährlichen Aufwand von 7400 Thlr. erforderlich und ist in Folge dieser geringen Dotierung zu gesunden, daß nunmehr der Herr Kultusminister die gesamte Reorganisation desselben anstrebt. Es läßt sich noch nicht ermessen, welche Kosten durch diese Reorganisation entstehen werden und hat vorläufig der Magistrat daher auch nur diejenigen Schulbeiträge eingefordert, welche 1874 aufgebracht worden sind:

Somit hat die Gemeinde 1875 zu zahlen.

an Klassifizierte 5514 Thlr. — Sgr. — Pf.

an Klassifizierte Einkom.-Steuer 3288 Thlr. — Sgr. — Pf.

an Schulbeiträge 2400 Thlr. — Sgr. — Pf.

an fortlaufender Mahl- und Schlachtsteuer 9435 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf.

an bisheriger Komm.-Steuer 10,000 Thlr. — Sgr. — Pf.

mehr durch Steigerung der Beiträge 3265 Thlr. — Sgr. — Pf.

Summa rund 33,000 Thlr. — Sgr. — Pf.

d. h. die Kommunalsteuer ist verdoppelt und die Gesamtsteuern sind in 2½ facher Höhe zu zahlen. Eine solche Steuererhöhung kann man und sollte derart durchführen, daß man die bisherige Steuer jedes einzelnen Individuums mit 2 resp. 2½ multipliziert. Die Folge einer solchen Manipulation würde die Überlastung der unteren Steuerklassen und der Ausfall eines nicht unbedeutenden Theils des Steuer-Körpers sein. Es müßte also mit einer solchen Steuererhöhung eine Umänderung des Steuerregulativs und zwar um so mehr verbunden werden, als daß bisher hierzu gültige Regulativ vom 6. Mai 1859 von der Annahme ausgehend, daß Ledermann seine Einnahmen verberge, schon ein jährliches Einkommen von 50 Thlr. recht anständig, nämlich mit 3 v. Et. besteuert, wodurch eine grobartige Belastung der unteren und Mittelklassen hervorgerufen wird, ohne daßemand Ausicht hätte, mit einer Reklamation durchzudringen. Der Magistrat entwarf daher ein Regulativ, welches sich im Großen und Ganzen an die Staatsteuergezüglichung anlehnt. Da aber das Gesetz vom 25. Mai 1873 die Verhältnisse des so sehr gedrückten Mittelstandes nicht gebrüderlich berücksichtigt und gänzlich der notwendigen gründlichen Reform der Veranlagung bei den höheren Einkommen entbehrt, hier aber unzweckmäßiger der Schwerpunkt einer befriedigenden Lösung der gesamten Steuerfrage liegt, — es ist absolut erforderlich, den Höchstbetrag des Prozentsatzes nicht mit einem Einkommen von 1000 Thlr. abzufüllen, sondern ihn erst da einzutreten zu lassen, wo man annehmen kann, daß der überschüssige Betrag des Einkommens wieder kapitalisiert wird — so ward im Tarif zu dem neuen Einkommensteuer-Regulativ die Progression über 1000 Thlr. hinaus und bis zu 5 v. Et. festgesetzt. Die bishüttige Regierung hat, sich stützend auf die Minister-Vorlesung vom 20.8.74 die Bekämpfung dieses Tarifs verweigert und somit hat der Tarif des Gesetzes vom 25. Mai 73 puren angenommen werden müssen. Wie wir aus der Posener Zeitung ersehen, führt unsere Nachbarstadt Rawitsch denselben Kampf, ohne sich bis jetzt gestellt zu haben, aber auch ohne jede Aussicht auf Erfolg. Sicherlich existiert kein Gesetz, welches die Communen zwingen kann, in ihrer Communalbesteuerung sich lediglich der Staatsteuergezüglichung anzufügen. Die Städteordnung vom 30.5.1853 als das Gesetz, welches die Rechtsnormen für das Gemeindeabgabenwesen enthält, bietet ebenfalls keine Handhabe hierzu, daß die Städte nirgends verpflichtet, den Verhältnismäßigstab der Staatsteuer dem Gemeindebesteuerwesen zu Grunde zu legen — aber gegen Ministr.-Verf. giebt es in Breslau eben auch keine Instanz. Der Widerspruch unserer Gemeindebehörden ist von der Regierung kurzer Hand mit der Bemerkung abgewichen worden, daß man im Ministerium des Innern die Sache gewiß wohl erwogen habe, welchen an die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstand mahnenden Ausdruck die Stadtverordneten-Versammlung mit einiger Heiterkeit begrüßte. Mit viel geringerer Heiterkeit und desto längeren Gesichtern werden jetzt die Steuerzettel entgegen genommen, welche des Deutlichsten zeigen, daß, da die unteren Klassen nicht viel erhöht werden könnten und die oberen es in angemessener Weise nicht dürfen, die mittleren den beiderseitigen Ausfall auf ihre Schultern zu nehmen haben. In Breslau ist die Sachlage übrigens nicht anders, und wenn sich auch der Herr Verfasser des Artikels in Nr. 64 Ihres nächsten Blattes bemüht, die Sache so sind als möglich zu rügen — Schuld an diesem Mißstande trägt nur der Zwang, den man den Kommunen auferlegt, den Staatsteuerysteme sich blind anzuschließen. Jedenfalls möge doch, wenn ein solcher Anschluß einmal absolut erforderlich sein soll, der Staat seine Steuerreform erst goutierbar machen, d. h. Selbststeuerzähne bei Kongentirung auch der Klassifizierten Einkommensteuer, bei Veröffentlichung der Steuerlisten und öffentlich Einspruchsvorhaben einführen!

Kann man es nun, um ad c. unserer Disposition überzugeben, dem Bürger verdenken, daß er wild wird, wenn ihm plötzlich der Steuerzettel mit 2-3fachem Steuerbetrag ins Haus schreit? um so mehr, wenn er vielleicht außerdem noch zu denjenigen

und Schlachsteuer bisher abgerechnet wurden? (Der Gesamtbetrag dieses Buches ergibt die Differenz der klassifizierten Einkommensteuer pro 74 und 75 mit 1420 Thlr. annähernd richtig.) Gewiß nicht! Indessen konnte und mußte eine weise Verwaltung dies Alles vorher sehen und in Voraussicht dessen mußte nicht nur Simultanschule eingeführt sein, damit nicht Bahn u. Bank foren jährlich 3,000 Thlr. gezwungen werden — denn Lissa hat um so weniger Gold zu verschaffen, als es eine kostspielige Kaserne hat und ohne Kommunale Vermögen ist — als auch mußte mindestens für die ersten 3 Jahre die Schlachsteuer beibehalten werden. Diese hätte nach Abzug der Unkosten 6,000 Thlr. gebracht, wie aus oben mitgetheilten Ziffern zu ersehen und den Uebergang nicht so fühlbar gemacht. Der dahin zielseine Vorstellung des Bürgermeisters ist indessen von Magistrat und Stadtverordneten abgelehnt worden. Was man aber nicht hätte erwarten sollen, ist die kolossale Geringfügigkeit der Vortheile, welche durch Sitten der Fleisch- und Brotpreise als Aequivalent dem Steuerzahler geboten werden.

1874 kostete das Pfds. Schweinefleisch 6 — 6½ Sgr.

Kind- u. Hammelfleisch 4½ — 5 "

Kalbfleisch 4 "

jetzt kostet das Pfds. Schweinefleisch 5½ — 6 Sgr.

Kind- u. Hammelfleisch 4 — 4½ "

Kalbfleisch 3 — 3½ "

Das Pfds. Fleisch ist also durchschnittlich um 6 Pf. billiger geworden, dafür aber mindestens um 2 Sgr. schlechter. Kalbfleisch ist kaum mehr zu genießen, weil man gar nicht mehr weiß, an welcher Stelle es sich im Munde befindet, so — um mit einem Provinzialismus zu reden — glücklich ist es. Der Centner Mehl ist allerdings um 2 Thlr. billiger geworden; aber Semmel und Brot deshalb nicht größer. Am Neujahrsmorgen wurde die Stadt durch wunderlich große Semmeln überrascht; im Laufe des Januar sind sie indessen schon so zusammengeschrumpft, daß, wenn dies so weiter geht, man sie Ende des Jahres mit dem Mikroskop auf dem Frühstückstische wird suchen müssen. Auch die hier und da vereinzelt bisher aufgetauchte Konkurrenz hat nichts gefruchtet. Der Gewinn bleibt in den Händen der Bäcker und Schläcker, indem erstere ihn direkt einziehen, letztere zwar die Steuer von 6 Pf. pro Pfds. ablassen, dafür aber schlechtere und billigere Ware einlaufen. Ein Konsum-Verein allein kann hier helfen. Vorläufig läßt sich keine Hausfrau die neuen Steuern des Gemahls vom Wirthschaftsgericht abziehen.

Somit hat die Aufhebung der Mahl- und Schlachsteuer weder dem Staat noch der Gemeinde, noch dem Einzelnen pekuniäre Vortheile gebracht.

Der Segen derselben liegt viel mehr lediglich auf sittlichem Gebiete. Das Aufhören der Bedrückung der Gewerbstreibenden durch die peinigende Kontrolle, wie die Verführung zur Defraude, in der diese Kontrolle anfangt und eine gerechte Vertheilung der Steuer sind die Hauptvortheile der Reform.

Ob es nothwendig war, dieser Vortheile auf sittlichem Gebiete halber einzelne Städte durch unentgeltliche Begnadung eines Privilegiums, welches ihnen zur Abbildung der für das ganze Vaterland gemachten Kriegsschulden verliehen, so hart anzusehen, ist freilich eine andere Frage.

Wir hören ähnliche Raisonnements, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachsteuer Niemandem Nutzen gebracht habe, so häufig, daß wir diese ganz irrtümliche Ansicht einmal gründlich beleuchten müssen. Wenn es der Raum erlaubt, werden wir dies in der morgigen Nummer thun.

Red. d. Posener Bts.

Unter dem Titel „Das Elend der polnischen Nation und der poln. Sprache“ ist im Verlage des Hrn. Dr. Symonkski eine kleine Broschüre erschienen, welche die bekannte Rede des Abgeordneten Dr. v. Niegolewski bei den Verhandlungen des Reichstags über den polnischen Nationalitätsantrag enthält. In einer Einleitung hierzu fordert der Herausgeber alle guten Patrioten in warmen Worten auf, für die größtmögliche Verbreitung des Heftes zu sorgen, damit das Volk, welches in politischer Beziehung vollständig ungebildet sei, endlich erfahre, welchen Druck die polnische Nation und die polnisch-katholische Kirche seit den letzten drei Jahren in Preußen erfahren. Dr. Symonkski sagt wörtlich:

Während der 25 Jahre der Existenz der preußischen Konstitution hat man bei uns nichts dafür gethan, um das polnische Volk in öffentlichen Angelegenheiten zu unterrichten. Wie im vergangenen Jahrhundert das Volk auf den herrschaftlichen Gütern seinen Frohnenort abarbeitete, und selten jemand danach fragte, was es ist, wie es wohnt, womit es sich kleidet, so thut es auch jetzt bei den Wahlen Frohdienste und selten fragt jemand danach, was es dabei denkt und fühlt.

Dass sich dies so verhält, weiß hier zu Lande jeder Deutsche, aber wir wollen doch konstatiren, daß es ein Pole, der Herausgeber des Volksblättchens „Drożownik“ ist, welcher erklärt, daß das polnische Volk von der Verfolgung der polnischen Nation und polnischen Kirche nichts empfindet, und daß ihm nur zur Zeit der Wahlen durch geistliche und weltliche Agitatoren diese Meinung künstlich beigebracht wird. Herr Dr. Symonkski ist librigens mit dieser Art von Wühler nicht zufrieden, sondern schreibt:

Interimstheater.

Letzes Gaspiel des Fräulein Anna Schramm.

Am Sonntag hat sich Fräulein Schramm als Martha in der Görlitz'schen Posse „Drei Paar Schuhe“ verabschiedet. Das Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt und, was sich eigentlich von selbst versteht, sehr beifallslustig.

In dem Gaspielrepertoire der Künstlerin hat die Rolle der Schustersfrau Martha, welche mit ihrem bescheidenen Loope unzufrieden ist und in ungemein wahrscheinlicher Weise zur Zufriedenheit belehrt wird, seit Jahren einen festen Platz. Auch das posener Theaterpublikum hat wiederholt Gelegenheit gehabt, diese Leistung Anna Schramm's zu sehen und sich daran zu erfreuen. Besonders wohlthuend berührt hier das echt künstlerische Maß. Die Rolle vermag nicht bloss untergeordnete Soubrettes zu allerhand Uebertreibungen zu versöhnen. Davon hält unsere Künstlerin sich völlig frei. Ihre Martha ist eine berliner Schustersgattin, aber nicht von der Sorte, wie man sie sich gewöhnlich vorstellt. Wäre sie das, also mit gewissen groben Manieren u. s. w. behaftet, so wäre es — obwohl die Posse die freiesten Freiheiten genießt — doch absolut unbegreiflich, wie man eine derartige Figur in verschiedenen „Salons“ dulden kann. Weil ihr Anna Schramm einen ziemlichen Grad von Liebenswürdigkeit verleiht, wird es auch einigermaßen wahrscheinlich, daß man die Einrichtung der Schusterin in interne Familienangelegenheiten gestattet. Natürlich fehlt es ihr auch nicht an volkstümlichem Humor.

Fräulein Schramm darf auf die Erfolge ihres diesmaligen Gaspiels in Posen mit großer Befriedigung zurückblicken. Der Besuch war immer, der Besuch des Hauses fast immer derselbe. Nebenbei wird sie von allen Gästen, welche bisher im Interimstheater erschienen, find auch die größten Einnahmen erzielt haben. E.

Unsere bisherige politische Agitation ist von Grund aus falsch, mehr schädlich als nützlich, denn sie bezweckt nur eine augenblickliche Aufrichtung der Gemüther (!) und keine Erbauung und Festigung der inneren Überzeugung. Im Laufe der letzten drei Jahre, in welchem uns (?) so viel öffentliches Unglück betroffen hat, könnten wir leicht das Volk in die öffentlichen Angelegenheiten mit hineinziehen, aber wir thaten so viel wie nichts.

So der Herausgeber der Broschüre. Seine Worte sind wohl die beste Illustration zu den Phrasen der polnischen Publizistik, daß die polnischen Abgeordneten das ganze Volk hinter sich haben. Welche Begriffe das polnische Volk von seinen Abgeordneten hat, erhellt auch aus einer dem „Drożownik“ aus der Provinz zugesandten Korrespondenz, worin zum Zeichen, wie ungebildet und dummkopf das Volk sei, mitgetheilt wird, daß „das Landvolk der Überzeugung lebt, daß nicht die Regierung, sondern unsere Herren Abgeordneten die Ursache sind, daß uns die Gesetzgeber so sehr beeinträchtigen. Es glaubt nämlich, daß unsere Abgeordneten für eine Flasche Wein dem zustimmen, was die Gegner verlangen.“ Da wird es ja gut sein, daß die Rude Niegolewski unter dem Volke verbreitet wird, damit es erkenne, wie energisch und heftiglich ein polnischer Abgeordneter die „Rechte“ der polnischen Nation vertheidigt.

Deutschland.

Berlin, 8 Februar.

— Das Reichskanzleramt hat nunmehr zur Ausführung der Enquête über die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, sowie über die laut gewordenen Wünsche wegen Abänderung der Gewerbeordnung dem Bundesrat den Entwurf eines Programmes für diese Enquête überreicht, in welchem 14 Fragen bezüglich der Lohnfrage, 8 über die Gesellen- und 7 über die Fabrik-Arbeiter-Verhältnisse zur Beantwortung aufgestellt sind. Es handelt sich, nach der „E. S.“, darum, über diese Fragen mündliche Bernehmungen von Arbeitgebern, Fabrikarbeitern und Gesellen in einzelnen gewerblichen Orten durch Sachverständige vornehmen zu lassen, welche Letztere die Antworten unter Angabe des Berufs der Gehörten in Protokolle zusammen zu fassen und diese dem Reichskanzleramt einzufinden haben. Es sollen hierbei ausschließlich nur soche Anschauungen und Wünsche zum Ausdruck gelangen, welche in praktischer Erfahrung gewonnen sind. Es sollen sich ferner alle Antworten an konkrete Lebensverhältnisse, in denen die Gefragten stehen, möglichst anschließen und was die Wünsche auf Abänderung des bestehenden Rechts angeht, so sollen dieselben in ihren praktischen Konsequenzen verfolgt werden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Gesetzentwurf über die ländlichen Arbeiterverhältnisse ist von dem Ministerium allen denjenigen Stellen zur Beachtung übermittelt worden, welche ein Interesse an einer Regelung der Arbeiterverhältnisse haben. Hierher gehören auch die landwirtschaftlichen Zentralvereine. Die Gutachten dieser sind zum größten Theile erstattet. Es sind dieselben von den Oberpräsidien der Provinzen erfordert und von den genannten Zentralvereinen an diese eingesendet worden. Die Gutachten sollen nicht wesentlich auseinandergehen und die darin zu Tage tretende Verschiedenheit ist vorzugsweise in den örtlichen Interessen begründet. Die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Osten der Monarchie gegen den Westen sind wesentlich abweichend. Es ist daher selbstverständlich, daß dieser Verschiedenheit in den Gutachten Ausdruck gegeben wurde. Ein besonderer Wunsch wurde von dem Centralverein der Provinz Sachsen ausgesprochen. Es wurde hervorgehoben, daß es vorzuhaben gäbe, daß das Gesetz über ganz Deutschland auszuzeichnen. Es ist hierbei auf viele Unqualitäten hingewiesen, welche in den ausgedehnten Grenzdistricten der eingeschlossenen kleineren Staaten (Anhalt, Thüringen) hervorgerufen werden könnten.

Landsberg, 5. Februar. Der erwähnte, aus dem hiesigen Franziskanerkloster entworfene Pater Alphons hat sich von Bissenhausen, von wo er, mit Geld und Zivilkleidern versehen, nach München begaben, um in die altkatholische Seelsorge einzutreten.

Blitz 4. Februar. Vom hiesigen kgl. Kreisgericht, Abteilung für Strafsachen, wurden in der vorigestern stattgehabten Sitzung der Redakteure des „Katal.“, Herr v. Radziejewsky zu Nikolai wegen Belästigung des hiesigen Bismarck und mehrfacher Vergehen wider die öffentliche Ordnung in 10 Wochen Gefängnis, ferner der Verleger des gesuchten Blattes, Carl Mierka, welcher gegenwärtig in hiesigen Gefängnisse eine mehrmonatliche Strafhaft verbüßt, wegen fabrikässer Theilnahme an dem genannten Vergehen zu 45 Mk. ev. 5 Tagen Haft und der Buchdrucker Nowak, sowie der Buchdruckerjährlinge Nowak zu Nikolai wegen desselben Vergehens in contumaciam zu je 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Münster, 4. Februar. Der „Westf. Merkur“ berichtet mit großer Feuerlichkeit: „kürzlich erschien mit dem Pfarrer von Werden a. R. vor dem hochwürdigen Bischofe eine Deputation des dortigen Kirchenvorstandes, um ihm eine kostbare Reitsuite bestehend in einer großen,

mehr als einen Zoll langen und ein drittel Zoll breiten Bartikel des Gebeine des h. Ludgerus, des ersten Bischofs von Münster, überreichen. Dieselbe befindet sich in einer vergolde Silberkapel unter einer Glasdecke. Ihre Echtheit ist durch eine vom hochw. Weihbischof von Köln ausgestellte Urkunde verbürgt. Auch dem hochw. Erzbischof von Köln wurde am Tage seiner Freilassung eine ähnliche Reliquie überreicht. Der Sprecher der Deputation hob hervor, daß die Zeitverhältnisse den Gedanken eines solchen Geschenkes wachgerufen.“

Oesterreich.

Wien, 6. Februar. Gegenwärtig erregt hier eine Broschüre sensationelles Aufsehen, als deren Autor Erzherzog Johann Salvator von Toskana, Oberstleutnant der Artillerie, bezeichnet wird. Dieselbe bepricht die Organisation der österreichischen Artillerie, sowohl der Feld- wie der Festungs-Artillerie und gibt mannigfache Winkel ihrer Verbesserung. Was ihr aber ihren sensationellen Charakter verleiht, das sind die Gründe, welche der Autor für seine vorgeschlagenen Reformen angibt, und welche ihren Gipfelpunkt in folgenden für Deutschland besonders interessanten politischen Betrachtungen finden:

Als man zur Überzeugung gelangte, daß die Interessen Russlands und Österreichs nicht solidarisch und die statthaft freundschaftliche Annäherung alle „Misverstädtnisse“ beilege, wurde denn auch die Festigung von Prag mit zur Freude aller österreichischen Patrioten gestellt. Möge sich aber auch die Annäherung an Russland zu einer auf Erkenntnis des wechselseitigen Vortheils basirten dauernden Allianz befestigen, denn darin allein ist die Sicherheit einer glücklichen Zukunft der Monarchie zu erblicken. In militärischer Beziehung ist die Allianz mit Russland gleichbedeutend mit der Sicherung des Rückens; unsere strategische Front ist endgültig ausgesprochen. Trotz aller Freundschaftsverträge müssen wir uns dessen vollkommen klar machen, daß die expansiven Bestrebungen des benachbarten preußisch-deutschen Reiches die Integrität der Monarchie gefährden. Nationale Einigung und nationale Annexion sind zum Prinzip der modernen Statutenbildung geworden und haben unverkennbar den Impuls zu den großen Kriegen der Neuzeit gegeben. Wer könnte sich angesichts dieser Thatsache gegründeten Bestrebungen hinsichtlich unseres heutigen, aber unglücklichen Vaterlandes verschließen? Wenn nun alles geschieht, um eine Bande zu verstehen, welche die Attraktion des Nachbarlandes paralyset und die erwünschten Ereignisse in friedlicher, das heißt nicht gewaltsamer Weise anzubahnen, ist doch das Gelingen dieser Bestrebungen undenkbar. Denn, trotz aller Beschränktheit und systematischer Unterwerfung, steht noch in den Bölkern Österreichs das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit, es steht noch die Interessen zu mächtig, welche sie durch Jahrhunderte verbunden, als daß sich Österreich von selbst auflösen und die in der Fremde beliebte Ansiedlung bestätigt werden sollte: Der Erfolg Österreichs sei nur eine Frage der Zeit und es bedürfe hierzu keines Krieges.

Es bedarf eines Krieges und dieser muß kommen, da es einmal unsere Nachbarn nach dem schönen Lande an der Donau attackiert und Deutschlands Grenzen auch nach Osten einer Erweiterung bedürfen. So wie Österreich von jeher für sein gutes Recht eingestanden ist, so wird es seinerzeit um seinen Bestand ringen; es gilt dann den letzten entscheidenden Kampf. Möge die noch vorhandene Zeit benutzt werden, um wenigstens die Voraussetzungen einer glücklichen Vertheidigung zu schaffen.“

Zu diesem Zweck schlägt der Erzherzog die Erweiterung der Festungen von Prag, Olmütz, Theresienstadt, Josefstadt und der Brückenlöpfe bei Ems, Steyer, Thulla und Hainburg, sowie die Errichtung Wiens zum Sammelplatz einer Armee vor. Auch die Ausschaffung von 5115 Geschützen (Kostenbetrag 15½ Millionen) sei ein Gebot der Selbstverhüllung. (Die Absicht, durch eine Allianz Österreichs und Russlands, Deutschland und Italien in der Festigung ihrer neuen Zustände zu hindern, liegt so klar zu Tage, daß wohl gerade durch diese Klarheit die Absicht der Broschüre bereitstellt werden wird.)

Prag, 5. Februar. Wie mitgelichtet, haben die Herren des Kurfürsten von Hessen an den deutschen Kaiser das Esuchen gerichtet, die Sequesteration des Vermögens aufzuheben. Die Hinterlassenschaft, die vom Oberhofmarschallamt vorgenommen wurde, ergab folgende Effekte als Vermögensbestände: Österreichische Silberrente 2,190,000 Fl., Papierrente 140,000 Fl., Thaler-Effekten 470,000 Thlr., Francs 1,600,000, Pfaster 42,000, Pfund Sterling 30,000, Kredit-Aktien 300 Stück, Privatschuldurkunden einiger hiesiger Bürger über 540,000 Thlr.

Frankreich.

Das konstitutionelle Gesetz, wie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist (und in der dritten vermutlich angenommen wird) lautet wie folgt:

Art. 1: Die geschaffene Gewalt wird von zwei Kammern, einer Deputirtenkammer und einem Senat, ausgeübt. Die Deputirtenkammer wird durch allgemeines Stimmbrecht unter den durch das Wahlgesetz festzustellenden Bedingungen gewählt. Die Zusammensetzung,

Sachsen-Weiningen, den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, den Erbprinzen von Sachsen-Weiningen, den Herzog Paul von Mecklenburg-Schwerin und den Prinzen Friedrich von Hohenlohe. Beim Eratrat des Hofes in die Gesellschaft wurde die Kaiserin von dem Botschafter geführt, der Kaiser und König hatte der älteste Bismarck von Gontaut den Arm gereicht. Den ersten Contredanz hatte der Botschafter die Ehre mit der Kronprinzessin zu tanzen. Der Ball begann mit einem Walzer, dem vor der Pause 6 Tänze, nach dem Souper wieder 6 folgten. Während der Tänze bewegten sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften viel unter den Gästen des Botschafters. Gegen Mitternacht wurde das Souper in vier Salons der nach dem Pariser Palais gelegenen Gemächer arrangirt.

Im großen Saale von Janson's Hotel in der Mittelstraße ist seit Freitag Morgen eine Ausstellung eröffnet, welche zwar lediglich die Interessen und die Ergebnisse der Tag d berücksichtigt, die aber wegen ihrer Reichhaltigkeit und ihres geschmackvollen Arrangements allen Jagdliebhabern empfohlen werden kann. An Stelle des fehlenden Laubwerkes ist der Saal in das Grün der Adelshölzer verleidet, aus denen an den drei Hauptwänden die verschiedensten Gewebe hervorragen, deren Spannweite oder seifame Formung jedes Waldmannsbergs erfreuen müssen. Bemerkenswert ist eine Sammlung der verschiedensten Fuchsälpler, deren Biese zwischen 10 und 300 Pfund schwanken. Ein gutes Stücklein ist aus Schaustern und Geweiben gebildet. Aus dem dunkeln Raum starren zwei Riesenwölfe mit ihren Zähnen, auf welche eine wilde Käze sich fürzen will. Neben zwei gewaltigen Hörnern des Auerochsen zeigen sich die Gewebe des Reinhorns, des Steinbocks, der Antilope und die Hauer des Ebers. Die Säulen des Saales sind mit grünem Gewande umzogen und zeigen die nördlichen Jagdstilarten. Auf einem langen mit Geschmack aufgebauten Tische erblickt man zunächst in der Mitte einige Delgemälde, welche Jagdszenen darstellen, eine Anzahl Albums und prächtige Photographien in Imperial-Format aus dem Bruckmann'schen Verlage in München, den linken Flügel nehmen die verschiedensten möderischen Instrumente ein, während die rechte Seite eine Fülle von Luchtern, Thermometern, Glashörnern, Schnupftabaksdosen u. s. w. enthält, die sämlich aus Gewebe gebildet sind.

Fräulein Hefels, die bekanntlich, während ihr Bruder wegen Verleumdung des Präsidenten von Wurm in zweiter Instanz schwiegt, auf Grund des Gutachtens der medizinischen Sachverständigen für uns-

die Art der Ernennung und die Beschlüsse des Senats werden durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 2. Der Präsident der Republik wird durch absolute Mehrheit der Stimmen des Senats und der Deputirtkammer, die als Nationalversammlung zusammengetreten, gewählt. Er wird auf sieben Jahre ernannt. Er ist wieder wählbar. Art. 3. Der Präsident der Republik kann auf Zustimmung des Senats das Gesetz, mit dem die Deputirtkammer vor der gesetzlichen Beendigung ihres Mandats aufzulösen. In diesem Falle werden die Wahlsolegien zur Vornahme der neuen Wahlen binnen drei Monaten zusammenberufen. Art. 4. Die Minister sind vor der Kammer für die allgemeine Politik solidarisch, für ihre persönlichen Handlungen einzeln verantwortlich. Der Präsident der Republik ist nur in dem Falle des Hochverrats verantwortlich. Art. 5. Im Falle der Erledigung (der Präsidentschaft) durch Todesfall oder durch irgend eine andere Ursache breiten die vereinigten Kammern sofort zur Wahl eines neuen Präsidenten. In der Zwischenzeit wird der Ministerrat mit der vollständigen Gewalt bekleidet. Art. 6. Die Kammern können durch getrennte Beschlüsse, die mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst werden müssen, sei es aus freien Stücken oder sei es auf Verlangen des Präsidenten der Republik, erklären, daß Veranlassung vorhanden ist, die konstitutionellen Gesetze zu revidieren. Wenn jede der beiden Kammern diesen Beschluss gefasst hat, vereinigen sie sich als Nationalversammlung, um die Revision zu schreiben. Die Beschlüsse betrifft der vollständigen oder teilweisen Revision der Verfassung müssen durch absolute Mehrheit der die Nationalversammlung bildenden Mitglieder gefasst werden. Indes kann diese Revision während der Dauer der dem Marschall Mac Mahon durch das Gesetz vom 30 November 1873 übertragenen Gewalten nur auf den Antrag des Präsidenten der Republik statt haben. Art. 7. Der Sitz der vollziehenden Gewalten und der beiden Kammern ist in Versailles. Art. 8. Das Gesetz über die Organisation der Staatsgewalten wird erst nach der endgültigen Annahme des Gesetzes über den Senat veröffentlicht.

S p a u i e n.

Die „Rostocker Zeit.“theilt ein Schreiben des Konsul Sprenger in San Sebastian an die Korrespondenten des „Gustav“ in Rostock mit. Das Schreiben, welches die vor einigen Tagen telegraphisch gemeldete Nachricht von der Befreiung des Kapitän Zeplien und seines Steuermannes vollkommen bestätigt, lautet im Wesentlichen wie folgt:

San Sebastian, 2. Februar 1875. Herrn C. F. Koch und Sohn, Rostock. Ihr geehrtes Schreiben vom 23. Januar habe ich erhalten und den einleitenden Brief an Kapitän Zeplien gestern selbst nach Barcaus gebracht. Angst genug habe ich um unsere beiden Landsleute ausgeändert, als ich am 29. Abends so frühzeitig, daß unsere Truppen von Guetaria aus auf Barcaus vorgerückt waren. Am 30. Abenos, nach Abreise mit Kapitän Bembach vom „Nautilus“, der am selben Abend nach Santander ging, ließ es mir keine Ruhe mehr, und bei starkem Winde und Regenwetter schiffte ich mich ein und kam Nachts um 1/2 Uhr in Guetaria an. Die Führer der am nächsten Morgen ankommenden Truppen und besonders den Vizekönig-Hauptmann der Abantag hat ich, Alles aufzubieten, damit Kapitän Zeplien und seinem Steuermann kein Unglück geschieht. Man verprach mir, Alles zu thun, und Dank der Gewissenhaftigkeit dieser Herren ist Person und Eigentum der Deutschen respektiert. Ich bin deshalb außerordentlich befriedigt durch das Gefühl, recht gehandelt zu haben, da ich nach meinen erhaltenen Informationen aus Madrid eigentlich gar nicht als Vertreter der Deutschen auftreten darf, ehe die spanische Regierung mir das Exequatur ertheilt. Ueberhaupt bin ich in einer fatalen Lage, da mir durch all diese Scherereien nicht allein große Verluste an Zeit entstehen, sondern auch Geldausgaben auf allen Enden, von denen ich nicht weiß, wer sie mir wieder ersätzt wird. — Am 1. Februar Morgens ging ich in Begleitung des Herrn Lorenzo Balcaro (der Dolmetscher des Kapitän Zeplien) nach Barcaus, ein großes rundes Brot unter den Rock geknüpft, da vorausgesetzt war, daß in dem eben erfüllten Orte nichts zum Essen vorhanden sein würde, denn in Guetaria konnte man für Geld nichts bekommen, und ich hatte es nur der Güte des Kommandanten, der sich mit seinen Offizieren in jeder Hinsicht unserer angenommen, zu verdanken, daß ich ein Brot erhielt. Bei Barcaus auch sehr unordentlich und schmutzig aussehen, so bot es doch im Lübrig ein gar schreckliches Bild, denn von Todten und Verwundeten war eigentlich wenig oder gar nichts zu sehen. Kapitän Zeplien hatte an dem von ihm bewohnten Hause eine alte mecklenburgische Nummernflagge mit der Zahl 122 angebracht und stand ganz behäbig mit der Biaur im Munde auf einem Balken, als ich über die Plaza de Don Carlos schritt. Er freute sich natürlich nicht mehr, mich zu sehen, und nach den ersten Begrüßungen, die von meiner Seite mit gutgemeinten Vorwürfen gefüllt waren, gingen wir zum General Blanco, von dem ich erwirkte, daß Schildwachen vor dem Hause gestellt wurden, in welchen der Kapitän wohnte und wo er sein Inventar lagern hatte, da die Soldaten vorher schon die verschlossenen Thüren eingeschlagen hatten. — Da Kapitän Zeplien seine Ladung noch nicht hat übergeben können, weil die beauftragten Karlisten alle vor den Truppen fortgelaufen sind, muß er noch einige Tage warten, bis von hier direkt Anstalten getroffen sind, die Sache zu Ende zu führen. Im Laufe dieser Woche denke ich, daß Alles in Ordnung kommt, obgleich es schwer sein wird, jetzt rathlos für Brach und Inventar zu finden. Bis jetzt ist auch nicht eine männliche Person in Barcaus vorhanden, die sich der Sache annehmen könnte. Später schreibe ich Ihnen mehr darüber. Hochachtungsvoll Sprenger.

Rechnungsjährig erklärt wurde, soll gegen diesen Beschluß des Kammergerichts beim Justizminister protestirt haben, von demselben aber abschlägig beschieden worden sein. Ein raffinirter Schindel gelangte am Donnerstag vor dem Kriminalnati des Kammergerichts zur Verhandlung. Der Wundarzt Helmuth — derselbe paradierte stets mit dem von der amerikanischen Schwindeluniversität zu Philadelphia erkannten Doktortitel — hatte in vielen Zeitungen eine Annonce erscheinen lassen: „Damen erhalten in diskreten Angelegenheiten geheime Wünse, Dr. Sy. Hauptrestante.“ Zahlreiche, meist weibliche Individuen, deren zu vollständiger Kognition gelangte Korrespondenz überaus viel Stoff für die „Chronique Scandaleuse“ bieten, wachten nun wegen Verhaftung von Abortionmitteln an die erwähnte Adresse, worauf ihnen Helmuth gegen Zahlung von 25 Thalern ein Fräschchen gefügt haben. Seiner über unchristlicher Einführung als „Medium zur Heilung des Abortus“ überhandte. Der erste Richter erkannte auf 1 Jahr Gefängnis, und auch das Kammergericht erachtete, trotz des Einwandes des Vertheidigers Mr. Dr. Gohm, daß nur eine Verlegung, zivilrechtlich gestatteter Verhältnisse strafbar sei und daß hier nicht die zum Thalbestande des Betruges erforderliche Verhängung vorliege, doch den Betrag für konstatirt und bestätigte das erste Strafmaß.

G o d e s s t r a f e n.

Die in Braunschweig vollzogene Doppelhingerichtung, über die wir berichtet haben, giebt Veranlassung zu einer Übersicht der in den letzten Jahren vollstreckten Todesurtheile.

Nachdem König Albert von Sachsen durch die Begnadigung zum Tode verurtheilte Verbrecher zur Zuchthausstrafe gezeigt hat, daß er ebensoviel, wie sein Vater Johann, Todesurtheile bestätigen will, ist die Todesstrafe in Sachsen wohl als faktisch bestätigt anzusehen, während der König von Bayern, und wie man sieht, der Herzog von Braunschweig dem strengsten Rechte wenigstens in einzelnen Fällen freien Lauf lassen. In Preußen, wo die Todesstrafe faktisch nicht mehr besticht, sind in den letzten vier Jahren 129 Todesurtheile gefällt, in Sachsen 9, in Bayern 39, in Württemberg 7, in Baden 15; Hinrichtungen sind dagegen nur 2 in Bayern, beide im Jahre 1873 vollzogen, so daß auf 199 Todesurtheile 2 oder 1 p.C. gekommen sind. Eine bestimmte Einwirkung der Begnadigungen auf die Zahl der mit Todesstrafe bedrohten Verbrechen läßt sich nicht erkennen, denn

Parlamentarische Nachrichten.

* Bei der am 6. d. zu Brühl erfolgten Eratzwahl fielen auf den Redakteur der „Germania“, Cremer, 368, auf den liberalen Geigenkandidaten, Bürgermeister a. D. Wehrgold, 114 Stimmen. Redakteur Cremer ist somit an Stelle des verstorbenen Pfarrers Eickmann zum Vertreter der Kreise Landkreis Röbin, Bergheim und Guselkirchen im Preußischen Abgeordnetenhaus gewählt.

Tagesübersicht.

Posen, 8. Februar.

Es regnet jetzt förmlich Hirtenbriefe. Die Spalten der „Germ.“, des bischöflichen Monitors, sind Tag für Tag damit angefüllt. Jedes Bistum erhält seine eigenen Vorschriften für die beginnende Fastenzeit, und dabei wird mit mehr oder weniger Geschick gehetzt. Das letztere hat besonders Herr Kremenz von Ermland verstanden, der seine Diözesanen in echt jesuitischer Weise über das Civil-ehegesetz belehrt. Wahrschäflich ist die Behauptung des Bischofs, es gebe zwar jetzt ein bürgerliches Standesregister, es gebe aber auch ein „Standesregister Gottes;“ über den „Personenstand des Himmels“ würden auch zwei Bücher von Gott geführt, das eine sei das Buch der Rechenschaft, das andere das Buch des Lebens. Daher wird den Gläubigen, die sich etwa mit der Civiltrauung begnügen sollten, die Hölle ordentlich heiß gemacht. „Der Herr kommt wie ein Dieb in der Nacht“ sagt Herr Kremenz, ohne zu bedenken, daß das für den „Herrn“ nicht sehr schmeichelhaft ist. — Weniger geschickt ist der Hirtenbrief des Bischofs von der Marwig von Culm, der sich zwar auch mit der „Verfolgung der Kirche“ beschäftigt, im übrigen aber von der Buße handelt. Eine aristokratische Haltung trägt der Hirtenbrief des Fürstbischofs Förster von Breslau zur Schau, welcher im Wesentlichen nur die Enchelica des Papstes über das Jubeljahr paraphrasirt. Ganz harmlos erscheint der Erlass des Bischofs von Hildesheim, der die Notwendigkeit des Glaubens betont. Auch Herr Hahne von Fulda spricht nur von dem Nutzen und den Segnungen des Fastens. Weniger unpolitisch muss der Schreibbrief des Bischofs von Meß gewesen sein, denn er wurde in der Druckerei bereits mit Beschlag belegt.

Nachrichten aus dem romanischen Auslande liegen heute nur spärlich vor. Seitdem die versäller Assemblée nach überstandenen Stürmen auf 6 Tage in die Ferien gegangen ist, um sich zu neuen Kämpfen vorzubereiten, ist es nur noch das Land der Weine und Gesänge, auf welches der Blick des nach dieser Seite hin Beobachtenden sich wendet. Wie ein Telegramm unseres heutigen Abendblattes berichtet, soll Don Carlos auf Bergara (Flecken in der Provinz Guipuzcoa, nahe bei Placencia) retrirkt und Mendizuri von seinen eigenen Leuten umgebracht worden sein. Die Depesche scheint sehr mit Vorsicht aufgenommen werden zu müssen, was schon aus dem „angeblich“ hervorgeht. Glaubwürdiger erscheint das Gericht, die königlichen Truppen seien schon bis Estella vorgerückt. Nach Vorgängen von Pamplona ist dies sogar wahrscheinlich.

Soeben meldet noch ein pariser Telegramm den Aussall der Eratzwahl im Departement Seine-et-Oise. Der republikanische Kandidat Valentin hat mit Majorität von 14,000 Stimmen (bei 96 000 Wählern) über den Bonapartisten gesiegt. Abermals ein herber Verlust für die vor Kurzem noch so siegesgewisse Partei der Kaiserlichen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. Februar.

— Unsere Mitteilung in der Sonntagsnummer, daß für die Erzbistüme Gnesen-Posen diesmal kein Fastenbrief erlassen werden würde und die Gläubigen dahin instruiert werden sollen, sich an die im vergangenen Jahre vom Erzbischof erlassenen Fastenvorschriften zu halten, wird vom „Kurier Poznański“ bestätigt. Derselbe reproduziert unsere Notiz an hervorragender Stelle, und bemerkt nur, daß eine besondere Instruktion der Gläubigen nicht notwendig sei, da es sich von selbst verstehe, daß eine Verfügung der kirchlichen Behörde so lange Verhaltungsnorm bleibe, bis sie nicht durch eine neue Willensäußerung derselben Behörde aufgehoben werde; „in diesem Falle also wird der vorjährige Hirtenbrief so lange für die Geistlichen und Gläubigen bindende Kraft haben, bis ihnen nicht neue Fasten-Vorschriften verkündet worden sind.“

— Ein Korrespondent des „Kurier Poznański“ bestätigt unsere, ihn betreibende Nachricht, daß in der That zehn Mitglieder der Pfarrgemeinde Sowina die Berufung einer Gemeindeversammlung befußt Vornahme einer neuen Pfarrwahl beantragt haben. Er

wenn auch in Preußen sich die Zahl der Todesurtheile seit 1871 stetig vermehrt hat — sie betrug in den vier aufeinander folgenden Jahren 23, 29, 36, 41 — so ist dagegen in den andern Staaten eine Banznahme von Bedeutung nicht zu bemerken und in Bayern hat die vollzogene Hinrichtung von zwei Verbrechern nicht verhindert, daß im Jahre 1874 wieder 9 Todesurtheile gefällt werden mußten, während die Zahl derselben im Jahre 1872 nach erfolgter Begnadigung der 12 im vorhergegangenen Jahre Verurteilten nur 2 betrug.

* Neben die fünf Weltansstellungen, die bisher in Europa sittgefunden haben, bringt ein österreichisches Blatt eine interessante Statistik: Nach derselben war die Ausstellung in London 1851 141 Tage geöffnet, die Länge kostenfreien Entrees nicht mitgerechnet. Sie wurde besucht von 6,039,185 Menschen und brachte an Eintrittsgeldern rund 2,818,800 Thlr. ein. Die Ausstellung von Paris im Jahre 1855 war 200 Tage zugänglich. Die Zahl der Besucher belief sich auf 5,162,330 und die Summe der Einnahmen auf 854,000 Thlr. Die zweite Ausstellung in London 1862 wurde während der 171 Tage ihrer Dauer von 6,211,103 Personen besucht und lieferte ein Ertragsb. von 2,723,540 Thlr. Die Pariser Ausstellung von 1867 währte 217 Tage. Die Zahl der Besuchenden betrug 8,865,969, die Summe der Einnahme 2,805,025 Thlr. Die Wiener Ausstellung vom Jahre 1873 war 186 Tage geöffnet, wurde von 32,959,037 Personen besucht und lieferte einen Ertrag von 10,587,760 Thlr.

* Paris, 3. Febr. (Ein Schwinderpaar.) Vor dem Zuchtpolizeigericht von Marseille wird gegenwärtig ein Prozeß gegen ein interessantes Schwinderpaar verhandelt, nämlich gegen einen Hrn. de Boissé, einen Marcellin Arzt, der sich für einen Marquis de Boissé ausgab, und seine Geliebte, eine Frau Saulnier, die sich Erzherzogin Therese von Österreich Marquise de Boissé nannte, unterschied. Die letztere ist die geschiedene Frau eines achtjährigen Beamten des Kaiserreichs, mit welchem sie mehrere Kinder gehabt hat, bei deren Austritt der Kaiser Napoleon selbst Vaterschaft vertreten hatte. Dann hatte sie zwei Kinder mit dem Witangestalten, und diese wurden in das Zivilstandsregister als Kinder des Hrn. de Boissé und der Frau Zichy, Marquise de Cafareal eingetragen. Frau Saulnier ist jetzt 38 Jahre alt, und trägt noch Spuren von Schönheit; eine Zeit lang hat sie unter dem Namen Stellani der Theaterwelt angehört, und in Lon-

don, Genf, Mailand ein abenteuerliches Leben geführt. In der lebhaften Stadt lernte sie Hrn. de Boissé kennen, der sich mit ihr in Brüssel kirchlich verhältnisse will. Das Paar hat dann in Paris und Mailand eine Reihe von Schwindelkästen verübt, die sich auf mehrere hunderttausend Franken belaufen; ein einziger Gütermässler, Namens Faravel, ließ sich von ihnen, blos weil er sie im Marcellin-Theater in der Loge des Generals Epivent gesehen hatte, nach und nach 136,000 Franken entlocken. Ihm und den andern Opfern wurde von der Ausgelassenen folgender Roman aufgebunden: „Die Erzherzogin Therese von Österreich hatte sich in geheimer mit dem Mann ihres Herzens verlobt und Freiheit des Gewissens Ihnen befolgende Berichtigungen zu kommen zu lassen: Als Pole der sich seit 45 Jahren seinem Vaterland widmete, halte ich es für meine heilige Pflicht, den Gefühlen meiner Landsleute Ausdruck zu geben, indem ich gegen die falschen Behauptungen russischer Zeitungen, die auch ausländische Blätter widerholten, Einspruch erhebe. „50,000 Einwohner in Podlachien sollten auf freiem Auftrieb, von der griechisch-unirten Kirche zur russischen übergetreten sein.“ Thatsachen wiederlegen auf untrüglichste diese Behauptung, denn nur weil man das Büt der Widerstreben verfohlen, sie durchbar mißhandelt, ganze Gemeinden dem Elend zugeführt hatte, so daß man Unglücklicher aus Verzweiflung als Selbstmörder endete, war das Werk der sogenannten Bekehrung vollbracht. Auf diese Weise ist man seit Kaiserin Katharina II. in Polen verfahren. Wir verweisen Diejenigen, welche die Verfolgungen in Abo stellen möchten auf die russischen Zeitungen selbst, die durch Veröffentlichung der stattgehabten Grausamkeiten gezwungen worden sind sie einzugehen. — Um das Andenken der Opfer zu verehren, wird bereits in Galizien eine Medaille geprägt. Im Augenblick so schmerzlicher Heimfahrt licht sich ein polnisches Mitglied des deutschen Reichstages, wenn auch in bester Absicht, hinreisen, nachdem es die Rechte seiner Landsleute aufs Wärmste vertheidigt hatte, auf die Möglichkeit anzuzeigen, eine Stütze im Osten gegen Westen zu suchen. Diese Ansiedlung ist nicht allein unpolitisch, sondern sie verlegt zugleich die

bis jedoch, daß es zu einer Wahl nicht kommen und die Majorität der Gemeinde den Vorschriften der Kirche treu bleiben werde. At diese Hoffnung knüpft der Korrespondent des ultramontanen Blattes die Drohung, daß jedes Gemeindemitglied, welches zur Wahl schreiten sollte, der Exkommunikation verfallen würde. „Ferner ist es auch eine Frage, meint der „Kurier“, ob irgend ein Geistlicher sich für dieses ohnehin nicht glänzende Ereignis melden wird. Vor einem dritten Kubecak bewahre uns Gott!“

— Der Kriminalnati des hiesigen Appellationsgerichts hat heute das erstaunliche Urteil, wodurch der (zur Zeit in Koschmin verhaftete) Weihbischof Janiszewski wegen unbefugter Erheilung des Sakraments der Firmung am Peter-Paulstage zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, bestätigt.

— Der Kaufmann Julian Biemski, früher Inhaber einer Dampffärberei, welcher vor mehreren Monaten aus Posen geflüchtet war und wegen Wechselschädigung steckbrieflich verfolgt wurde, hat sich dieser Tage den hiesigen Gerichten freiwillig gestellt.

— Bezüglich der Aufgabe u. Einrichtung der Halbtagschule hat der Kultusminister an sämtliche Regierungen folgenden Erlass gerichtet:

Wissverständliche Aussäufungen von der Aufgabe und der Einrichtung der Halbtagschule, welche wir sowohl in der Behandlung von Spezialfällen, als in allgemeinen Verhältnissen entgegentreten sind, veranlassen mich zu nachstehender Eröffnung:

In dem § 2 der allgemeinen Verfassung über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschule ist vorgeschrieben, daß die Zahl der Kinder, welche in der einflächigen Schule durch einen gemeinsamen Lehrer gleichzeitig unterrichtet erhalten, nicht über 80 steigen soll. Hieraus ergibt sich, daß in der Regel da, wo diese Zahl überschritten wird, eine zweite Klasse eingerichtet und für diese ein besonderer Lehrer angezeigt werden soll. Wo die Bevölkerung dies nicht gestatten, ebenso wie da, wo das Schulzimmer auch für eine geringere Schülerzahl nicht ausreicht, oder andere Umstände, z. B. körperliche Schwäche des Lehrers dies notwendig erscheinen lassen, kann nach § 3 der bezeichneten Verfassung mit Genehmigung der Regierung die Halbtagschule eingerichtet werden. Diese Bestimmung ist vielfach so ausgelegt worden, als sollte es in die Wahl der Regierung gestellt werden, ob in den angegebenen Fällen die einflächige Volksschule beizubehalten oder die Halbtagschule einzurichten sei. Diese Aussäufung ist nicht zutreffend. Nicht die Frage, ob eine zweite Klasse einzurichten sei, sondern nur die, ob bis auf Weiteres von der Anstellung eines zweiten Lehrers absehen werden könnte, unterliegt der Entscheidung der Regierung. Die Verkürzung einer größeren Anzahl von Kindern jedes schulpflichtigen Alters in einer Klasse stellt dem Erfolge des Unterrichts Schwierigkeiten entgegen, deren Überwindung die volle Kraft eines Lehrers erfordert und erfahrungsmäßig da, wo die Zahl der Kinder über achtzig steigt, nur in seltenen Ausnahmefällen vorzugsweise bezogen und kräftigen Lehrern gelingt. In einer Schule aber, in welcher nicht alle Kinder beschäftigt und beaufsichtigt werden können, ist auch von einer erziehlichen Einwirkung kaum mehr die Rede.

Dagegen bietet die wohlgerichtete Halbtagschule schon in ihren beiden aufsteigenden Klassen, welche die Erheilung eines planmäßigen Unterrichts erleichtern, Vorteile, denen gegenüber die notwendige Verminderung der Stundenzahl als der geringere Nebelstand weniger ins Gewicht fällt. Allerdings ist dabei vorausgesetzt, daß jede der beiden Klassen nur von einer verhältnismäßig nicht erheblichen Schülerzahl besucht werde. Dies ist nur anzunehmen, so lange die Gesamtzahl der Schulkinder nicht über hundert steigt. Tritt letzterer Fall ein, so wird die Einrichtung einer zweiten Klasse im Wege der Halbtagschule niemals mehr als genügend erachtet werden können, sondern es ist dann stets auch auf die Anstellung des zweiten Lehrers Bedacht zu nehmen.

— Wir finden in der „Volkszeitung“ folgendes Schreiben:

Billa Broelberg bei Bützow, den 3 Februar 1875. Herr Redakteur. Gestatten Sie mir im Interesse der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit des Gewissens Ihnen befolgende Berichtigungen zu kommen zu lassen: Als Pole der sich seit 45 Jahren seinem Vaterland widmete, halte ich es für meine heilige Pflicht, den Gefühlen meiner Landsleute Ausdruck zu geben, indem ich gegen die falschen Behauptungen russischer Zeitungen, die auch ausländische Blätter widerholten, Einspruch erhebe. „50,000 Einwohner in Podlachien sollten auf freiem Auftrieb, von der griechisch-unirten Kirche zur russischen übergetreten sein.“ Thatsachen wiederlegen auf untrüglichste diese Behauptung, denn nur weil man das Büt der Widerstreben verfohlen, sie durchbar mißhandelt, ganze Gemeinden dem Elend zugeführt hatte, so daß man Unglücklicher aus Verzweiflung als Selbstmörder endete, war das Werk der sogenannten Bekehrung vollbracht. Auf diese Weise ist man seit Kaiserin Katharina II. in Polen verfahren. Wir verweisen Diejenigen, welche die Verfolgungen in Abo stellen möchten auf die russischen Zeitungen selbst, die durch Veröffentlichung der stattgehabten Grausamkeiten gezwungen worden sind sie einzugehen. — Um das Andenken der Opfer zu verehren, wird bereits in Galizien eine Medaille geprägt. Im Augenblick so schmerzlicher Heimfahrt licht sich ein polnisches Mitglied des deutschen Reichstages, wenn auch in bester Absicht, hinreisen, nachdem es die Rechte seiner Landsleute aufs Wärmste vertheidigt hatte, auf die Möglichkeit anzuzeigen, eine Stütze im Osten gegen Westen zu suchen. Diese Ansiedlung ist nicht allein unpolitisch, sondern sie verlegt zugleich die

don, Genf, Mailand ein abenteuerliches Leben geführt. In der lebhaften Stadt lernte sie Hrn. de Boissé kennen, der sich mit ihr in Brüssel kirchlich verhältnisse will. Das Paar hat dann in Paris und Mailand eine Reihe von Schwindelkästen verübt, die sich auf mehrere hunderttausend Franken belaufen; ein einziger Gütermässler, Namens Faravel, ließ sich von ihnen, blos weil er sie im Marcellin-Theater in der Loge des Generals Epivent gesehen hatte, nach und nach 136,000 Franken entlocken. Ihm und den

Würde des Nationalgefühls; sie kann nicht als Ausdruck der polnischen Politik gelten, die weder droht noch verträgt; vielmehr gestützt auf ihr unverhülltes Recht, der Zukunft vertrauensvoll entgegen sieht, und liberal-konservative Ideen pflegt zur allgemeinen Wohlhaber.

Graf Ladislaw Plater.

r. Auf dem Standesamt sind während des Monats Januar d. J. 53 Paare untereinander ehelich verbunden worden, und während der vergangenen Woche, vom 1. bis 6. Februar, 27 Paare, an manchen dieser Tage, so z. B. am 6. Febr., sogar 9 Paare. An den Tafeln des Standesamts waren im Januar gleichzeitig bisweilen 51 Aufgebote angekündigt. Die meisten Aufgebote und Trauungen mögen wohl jetzt von Katholiken nachgezählt werden und die große Zahl derselben hat dann ihren Grund in der Nähe der Fasnetzeit, die als "geschlossene Zeit" gilt, wo Trauungen entweder gar nicht oder nur mit Ausdruck aller Feierlichkeit stattfinden. Wie dies übrigens auch auf der Provinzialsynode der Provinz Posen konstatiert wurde, sind bis jetzt in Stadt und Provinz Posen fast gar keine evangelischen Paare bekannt geworden, welche seit Einführung der Zivilstandesregister die kirchliche Trauung verschmäht hätten.

□ Erstattung von Beerdigungskosten. In einem Spezialfalle heißt es der Finanzminister durch Verfügung vom 8. Oktober 1874 Nr. IIb, 17, 656 mit, wie das Rekript vom 15. Juli 1866 — wonach für die Beerdigung eines Verstorbenen im Wege der Armenpflege von einem zur Tragung der Kosten verpflichteten anderweitigen Armen-Verband summarisch 9 Mark zu erstatzen seien — seitens des Ministers des Innern als nicht mehr maßgebend erachtet werden sei; vielmehr müsse nach Emanation des Gesetzes über die Armenpflege vom 8. März 1871 den einzelnen Armen-Verbänden angezeigt werden, die wirklich entstandenen unerlässlichen Begräbniskosten den definitiv verpflichteten Armen Verbänden in Rechnung zu stellen und event. bei über die Höhe dieser Kosten etwa entstehenden Streitigkeiten auf dem in dem genannten Gesetze vorgeschriebenen Wege zum Austrage zu bringen.

r. In der polytechnischen Gesellschaft wurden in den Sitzungen am 30. Januar und 6. Februar folgende Mitteilungen gemacht: Neuerdings beginnt man auch in unserer Stadt, Petrolum-Luftdruck-Apparate anzuwenden, vornehmlich zu dem Vorteile, um in den Verkaufsläden den unangenehmen Petroleumgeruch, den die Materialwaren annehmen, zu vermeiden. Ein derartiger Apparat von Schwan in Görlitz befindet sich z. B. in dem Süddeutschen Materialwarengeschäft am Sapiehayplatz. Die Konstruktion ist eine ähnliche, wie bei den Bier-Luftdruck Apparaten. Im Keller befindet sich eine Luftpumpe, durch die ein Windkessel mit komprimierter Luft gefüllt wird; von dem Windkessel geht ein Rohr nach dem Laden, wo man nach der Anzeige eines mit dem Rohre in Verbindung stehenden Manometers mittels eines Hahns den Luftdruck regulieren kann. Ein zweites Rohr geht wieder hinab in den Keller und mündet durch das Zapfenloch in das aufrecht stehende Petroleumgefäß ein; ein drittes Rohr, welches bis auf den Boden des Fasses reicht, führt in Folge des Luftdrucks das Petroleum in den Laden, wo es durch ein Meßgefäß der bekannten Art hindurchfließt. — Sodann wurde ein Jakobenschäfer-Tintenstift vorgezeigt, welcher die Form eines Bleistiftes hat und aus Graphit mit Asphalt besteht. Feuchtet man die damit angesetzte Schrift in geeigneter Weise mit Wasser an, so ist man im Stande, mehrere Abgüsse von derselben als Kopien zu gewinnen. — Es wurde ferner in einer gewöhnlichen Trituslampe Glycerin zum Brennen gebracht; die Flamme hat eine matte gelbe Farbe, und setzt an kalten, darüber gehaltenen Gegenständen keinen Füg ab. Wegen der Dickschlüssigkeit des Glycerins würden zum Brennen derselben Benzinkusen am vortheilhaftesten sein, in denen das Glycerin in dem Reservoir stets fast eben so hoch, als in dem Brenner stehen würde. — In englischen Fabriken von Kohlensouren Wassern wendet man mit Vortheil zum Betriebe von Motoren Koblenzäure an, die durch Erhitzen von doppelt siedendem Kali unter sehr bedeutendem Druck in flüssigem Zustande dargestellt wird, und, nachdem sie bei ihrer Verflüssigung die Motoren getrieben haben, immer noch verwertet werden kann — Es wurden ferner Schlittschuhe neuer Konstruktion vorgezeigt, die aus dem hiesigen Preußischen Stahlwarenladen entnommen waren. Die älteren Schlittschuhe mit Holz und mit Lederriemen, die umständlich zu befestigen waren und den Fuß preßten, sind längst befehligt durch die Schrauben-Schlittschuhe. Anfangs befand sich an denselben nur hinten eine Schraube, um den Schlittschuh an den Absatz des Stiefels zu befestigen, während vorne ein Lederriemen quer über den Fuß ging. Bei neueren Schrauben-Schlittschuhen, die allerdings recht dicke Sohlen erfordern, befinden sich zwei Schrauben, hinten und vorn, durch welche mittels einer dickeren Haken der Schlittschuh an die Sohle angeschraubt wird. Noch weit vorommener ist der sogenannte "Halifax-Schlittschuh" eingereichtet, der es gestattet, mit wenigen Griffen mittels einer auslösbarer Hebelvorrichtung den Schlittschuh an die Sohle und den Absatz des Stiefels zu befestigen; doch muß man zuvor mittels dreier Schraubenmuttern die Haken des Schlittschuhs genau an den Stiefel eingesetzt haben. — Es wurde schließlich die Frage erörtert, ob und inwieweit es vortheilhaft sein würde, statt der leichten Interimnbrücke, welche für die Zeit des Baues der eisernen Wallischibrücke dienen sollte, eine wenig oberhalb errichtet werden soll, eine solide hölzerne Brücke weit mehr oberhalb, zwischen Grabenporte und Wartebau, zu bauen. Diese Brücke, die eine Dauer von mindestens 70—80 Jahren haben könnte, würde einen Theil des Verkehrs vom Kaiserlichen Thore her aufnehmen und überhaupt zur besseren Verbindung der Stadttheile an beiden Ufern der Warthe dienen. Doch würde sie nicht allein, wegen ihrer soliden Bauart, leichter sein, als eine Interimibrücke; es müßte auch noch die Grabenporte erweitert und an beiden Ufern für geeignete Zugänge zur Brücke gesorgt werden; es würden dadurch so erhebliche Mehrkosten verursacht werden, daß, zumal unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen der Stadt es sehr zweifelhaft erscheint, ob dieselbe in der Laue sein würde diesem Projekte näher treten zu können; überdies müßte sich dann während der zwei Jahre des Wallischibrückbaues der gesamte lebhafte Waggonverkehr zwischen den Stadttheilen auf den beiden Wartebauern auf dem sehr bedeutenden Umweg über Graben und Grabenporte bewegen.

Ein kleiner Brand entstand am 3. d. M. in der Parterrewohnung eines Fleischermüsters auf St. Martin, wurde jedoch sehr bald gelöscht.

Diebstähle. Einem Restaurateur auf der Breslauerstraße wurde aus verschlossener Stube mittels Nachschlüssels 29 Thlr.haar und mehrere Sachen gestohlen. — Eine Frau auf der Friedrichstraße wurde aus verschlossenem Raum am 29. o. ein helles graue Kleid im Wert von 8 Thlr. gestohlen. — Ein hiesiger Gesindevermieter übernahm am vorigen Mittwoch von einem bei ihm wohnenden Hausknecht 182 Thlr. haar, und behauptete später, von ihm nur 157 Thlr. erhalten zu haben. Der Hausknecht hat die Einleitung der Untersuchung beantragt. — Aus dem offenen Hofraume eines hiesigen Hotels wurde von dem Kutschwagen eines Rittergutsbesitzers ein Vorze-Mantel von schwarzer Leder durch einen früheren Droschkenflicker gestohlen.

Gefunden wurde am 7. d. M. auf der Teichstraße zwischen Tonnen verdeckt: ein Kesselsch, enthaltend verschiedene Bücher, Briefe, aus denen der Name Louis Stiller, Berlin zu erkennen ist.

XX Graustadt. Am verflossenen Sonnabend langten per Bahn vom königl. Artillerie-Depot zu Glogau 500 Gewehre nach Mauser'schem System für das hier garnisonirende Fußartillerie-Bataillon 58. Infanterie-

Regiments an. — Die Zuschriften beim heutigen Getreidemarkt waren nicht bedeutend. Es zeigt sich überhaupt im Getreidegeschäft ein recht matter und trüger Charakter und die geringen Nachfragen üben einen gewissen Druck auf die Preise aus. — Als eine Fatalität müssen wir jenes Überbleibsel aus polnischen Zeiten bezeichnen, welches abzuschaffen sich unsere Stadt- und Landbevölkerung nicht bequemen kann. Es ist dies der im Geschäftsvorlehr noch so eingefleischte Unzug, Alles nach polnischen Soden und Groschen zu berechnen. Besonders für schlesische Geschäftsfreunde, welche die hiesigen Wochenmärkte besuchen, ist es ein wahres Leid, sich in solche Berechnung zu finden, und dadurch werden viele Möglichkeiten hervergerufen.

□ Graach. 5. Februar. [Schulangelegenheiten] Die nun so lange schwierende und vielfach erörterte Schulfrage ist wieder in ein anderes Stadium getreten. Nachdem am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche Sr. Regierungs-Schulrat Lücke aus Posen die hiesigen drei Confessionsschulen einer Revision unterzogen hatte, traf gestern Abend noch Herr Regierungsrath v. Neuen ein, bestieg die hiesige Schulstufe und verhandelte sodann mit den ländlichen Behörden über die Einrichtung einer Simultan-Schule. Die letzteren zeigten sich jetzt wieder der Simultan-Schule geneigt, doch nur unter der Bedingung, daß Doktorow, welches über 160 Kinder zur Schule schickt, ausgebaut werde. Auch waren sie erbötig, gebachter Gemeinde ein in der Stadt nicht gar weit vom jetzigen Schulgebäude belegenes Haus, welches früher zu Schulzwecken verwendet worden ist, unentgeltlich zum Schulgebäude zu überlassen. Es wird nun aber nicht nur darauf ankommen, ob die Regierung sich hiermit einverstanden erklärt, sondern wesentlich darauf, ob sie auch für Doktorow einen dauernden Zusatz aus Staatsmitteln bewilligt, denn allein ist diese Gemeinde, die größtentheils aus den ärmsten Klassen besteht, kaum im Stande, eine eigene Schule zu unterhalten. Einstweilen sollen nun jetzt die Schulbeiträge nicht konfessionell, sondern provisorisch als Kommunaleiter aufgebracht werden.

SS Neutomischel. 5. Februar. [Prämierung der Lehrer. Männergangesverein.] Vor einigen Tagen wurde den vier an der hiesigen Stadtschule angestellten Lehrern durch den gegenwärtigen Schulvorstandespräsidenten notifiziert, daß von dem Schulvorstande in der 18. v. M. abgehaltenen Sitzung, zu welcher sich außer dem Schulinspektor sämtliche Mitglieder des Schulvorstandes eingefunden hatten, einstimmig der Besluß gefaßt worden ist, eine Prämie von 75 Mark zu stiften, welche demjenigen Lehrer zuverlaufen werden soll, welcher nach der Überzeugung des gesammelten Schulvorstandes mit seiner Klasse die besten Fortschritte gemacht hat. Als Anhalt für die Beurteilung soll die alljährlich Ostern stattfindende Schulpfung dienen, nach welcher sofern die Prämie gezahlt werden soll. Die Lehrer sind durch diesen Besluß sehr unangenehm berührt worden, ja sie glauben in demselben eine Ehrenkränkung erleben zu müssen, weil derselbe die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtespflicht in Zweifel zu ziehen scheint. Sie haben deshalb einstimmig der Schulvorstände erklärt, daß sie, weil sie sich bewußt sind ihre Amtespflichten laut ihres Gewissens und des von ihnen angelegten Dienstes zu erfüllen, sich verantwaltet sehen, die am 18. v. M. gefaßte Prämie entzweien zurückzunehmen. — Am 30. v. M. feierte der hiesige Männergangesverein sein 10jähriges Stiftungsfest mit einem solennem Ball. An demselben Tage wurde der bisherige Dirigent des Vereins, Kantor Neumann hier selbst, welcher sein Amt vor einem halben Jahr niedergelegt, zum Ehrenmitglied ernannt und ihm bei dieser Gelegenheit ein sehr schönes und höchst geschmackvoll ausgeführtes Diplom überreicht.

S Rawitsch. 5. Februar. [Stadtverordnetenwahlen] Die diesmaligen Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung haben unter lebhafter Beurteilung der Wähler stattgefunden. Diejenigen Handwerker, welche gegen den Stadtverordneten Oberlehrer Dr. Beyer deshalb aufgebracht sind, weil er die Stadtverordnetenversammlung vermöge seines klaren Vortrages über die Notwendigkeit einer obligatorischen Schule für den bereiteten Gegenstand so zu überzeugen versucht, daß der Antrag angenommen wurde, haben ihre Parteigenossen zu bewegen gelucht, nur keinem Beamen zu geben die Stimme zu geben. Die Parole der Männer dieser Kategorie lautete geheim wie öffentlich, in Wort und Schrift: "Wählt nur Bürger." Im Gegensaß zu dieser Partei vereinigten sich die Beamten, Lehrer und vorurtheilsfreien Männer sowohl aus dem Kaufmannstande wie anderen Berufen. So traten die beiden Parteien wie eine geschlossene Phalanx vor die Wahlurne. In der dritten Abteilung, in der zwei Stadtverordnete zu wählen waren, siegten die Handwerker mit ihren Verbündeten. Von 306 erschienenen Wählern wurden 184 Stimmen für den Schuhmachermeister R. Scholz und den Müllermeister T. Golnisch abgegeben, während die übrigen auf den Stadtkonsistorial-Inspektor Radys und auf den Seifenfabrikanten Koberle stießen. In der ersten Abteilung war der Ausfall der Wahl den Beamten und ihren Genossen günstig, denn mit 63 Stimmen wurde Herr Oberlehrer Scholz gegen seinen Gegenkandidaten, den Fleischmeister Wolff, gewählt.

Mogilno. 5. Februar. [Diebstahl] Einem Herrn von hier wurden im vergangenen Herbst aus seiner Brieftasche, in welcher sich circa 1200 Thlr. Papiergegenstände befanden, 200 Thlr. gestohlen. Auch in letzterer Zeit verschwanden denselben öfters, größere und kleinere Geldsummen, obwohl daß der Theater entdeckt werden konnte. Am 1. d. M. bemerkte derselbe wieder eine scheinlich bedeutende Lücke in seinem Portemonnaie und machte diesen Verlust dem hiesigen Gendarmerie-Beamten bekannt, der die Diebin in dem Stubenmädchen des Hrn. S. und auch den größten Theil des gestohlenen Geldes bei ihr ermittelte. Die Summe von 240 Thlr. fand derselbe an einem Ort, wo man gewiß kein Geld vermisste, nämlich in dem Gewichte einer alten Wanduhr in der Wohnung der zukünftigen Schwiegermutter der Diebin und bei dem Bräutigam der letzteren, welcher in Tremessem wohnt, vier Zwanzigmarkstücke vor. Ob dieses schon die ganze von ihr gehobene Summe ist, steht zu bezweifeln. (Br. 3.)

Vermisses.

Breslau. 7. Februar. [Kostüm-Ball. Kritik über Theodor Wachtel. Monumentale Bauten. Urkunde des hiesigen Fleischer-Mittels. Gewidriges Reklame.] Wir befinden in Breslau, wie bekannt zwei Börsen, eine alte und eine neue, oder, wenn wir so sagen wollen, eine christliche und eine jüdische. Die alte Börse, die sogenannte Zwinger-Gesellschaft, schließt sich gegen das jüdische Element prinzipiell ab und diese Sonderung hätte bald ein Mitleidiges des am verflossenen Mittwoch stattgefunden von dem vaterländischen Frauenverein zu wohlthätigen Zwecken veranstalteten Kostümabesses zur Folge gehabt, weil diese Festlichkeit in den Räumen der alten Börse stattfand. Der nicht als vollständig coursfähig anerkannte Theil der eingeladenen sagte sich, wir wollen fest diejenigen Lokalitäten nicht annehmen wie welche uns für gewöhnlich verschlossen sind und es hat viel Mühe und viel Entgegenkommen Seitens der Börsstände des Frauen-Vereins gekostet einen Ausgleich zu Stande zu bringen. Daß dieser endlich gelungen, steht schon daraus hervor, daß der erzielte Überschuss die Höhe von 6000 Mark erreicht hat. Vom Ball selbst mitgetheilt, daß beim Beginn derselben eine Schachpartie mit lebenden Figuren zur Ausführung kam und die beiden Königinen von der Gräfin Danzelmann in weißem Alltagskleid mit blauem Sammet und der Frau Banquier Friedländer in altem Kleide mit rotem Sammet dargestellt wurden. Dem entsprechend waren die Farben der Könige, Ritter, Thürme, Springer, Bauern und Bäuerinnen, so daß

das Ganze einen entzückend schönen Anblick gewährte. Aus dem Spiele entwickelten sich nach Predigungen desselben und nach einer Promenade durch den Saal, zwei Quadrille, eine Cavotte der Männer und Edeldamen und ein lustiger Tanz der Bauern und Bäuerinnen.

Im Stadttheater ist Theodor Wachtel noch immer Gast und wird in der kommenden Woche noch mehrere Male, unter Anderem auch im Lohengrin auftreten. Während die Theaterreferenten der drei größeren Börsen Zeitungen von den Leistungen des Künstlers entzückt sind, hat er sich den Beifall des Kritikers der "Morgen-Zeitung" nicht zu erwerben vermögt, denn dieser sagt in einem Artikel über den Circus Caro, die 6 Traubener Hengste, welche Direktor Caro vorführt, gewähren durch den Rhythmus ihrer Bewegung absolut eine großartige Predigting des ästhetischen Empfindens als der mühselige Vortrag eines früheren Sängers und wäre derselbe bei normaler Stimmenstärke ein Matador seiner Kunst." Im Lobe-heater hat man gestern zum ersten Male die dreiköpfige Operette "Die Federmaus" von Mailiac und Halevy, vor ausverkauftem Hause zur Aufführung gebracht. — Die monumentalen Bauten unserer Stadt werden im laufenden Jahre eine wesentliche Verehrung erfahren; zunächst wird im zeitigen Frühjahr mit dem Bau des Provinzial-Museums begonnen werden, ferner wird das königliche Bankgebäude am Palaisplatz, dessen Fundamente bereits stehen, unter Dach gebracht und endlich in der Nähe des Centralbahnhofes an der Stelle, welche jetzt ein Theil der Königlichen Möbel- und Parketsfabrik einnimmt, ein Gebäude zur Aufnahme des Staatsarchivs erbaut werden, da die bisher zu diesem Zweck benutzten Räumlichkeiten im Städtehaus dem Staate von dem Provinzial-Landtag gekündigt worden sind. — Der Kaufpreis des Palaisplatzes beträgt 97.800 Mark und der Bau selbst zu 164.000 Mark veranschlagt. — Nachdem die Coalition der Bäckermeister in die Brücke gegangen und die von früher her bekannte "Pfennig-Semmel nach kurzer Unterbrechung wieder eingeführt ist, trat auch unter dem Fleischermittel eine gleiche Coalition zu Tage, welche ebenfalls in der Neuzeit eine Spaltung erfahren hat. Die Innungsgesellen des letzteren Mittels hatten nämlich beschlossen, an den gemeinsam vereinbarten Fleischverkaufspreisen unter allen Umständen festzuhalten. Im Interesse der Kundschafft haben sich jedoch einige hiesige Fleischhauer, u. A. auch ein in dem Fleischermittel angehöriger Meister, veranlaßt, eine Preisherabsetzung einzutragen. Um diesen Vorbruch zu strafen, versammelte sich das Mittel, fand den Besluß den Schuldigen auszustossen und erklärte ihn aller Nutzungen und Vorrechten, welche die Innung ihm bietet, für verlustig. Der Vorbrüche hat natürlich dem Magistrat als der obersten Behörde eine Remedy zu erwarten. — Bei der Polizei Behörde ist fürzlich eine gezwungene Reklame zur Anzeige gekommen, indem hiesige Fleischhauer, die sich keiner allzu großen Frequenz erfreuen, in die amtlichen Freiräumen der Anmeldelisten zahlreiche singuläre Namen von Fleischhändlern eingeschrieben haben, welche angeblich bei ihnen logiert haben sollten. Gegen die Betheiligten, welche durch dieses Verfahren mehrfache Unzuträglichkeiten herbeigehabt haben, ist jetzt amtlich eingefahren und sind dieselben auf Grund § 263 d. Straf-Gesetz. zur Verantwortung gegeben worden.

Briefkassen.

Langi. Abonent in Krotoschin. Die Börgeänge bei der Repräsentantenwahl zeigen, wenn Ihre Schilderung zutreffend ist, allerdings wenig Willen; ob sie aber zu einem Protest gegen die Gleichheit der Wahl beziehen, können wir, da uns das Wahlergebnis unbekannt ist, nicht angeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Paris. 8. Februar. Die "Agence Havas" meldet aus Bayonne auf ancheinend karlistischer Quelle, die Karlisten hätten das auf dem Kriegs-Truppenwesen durch überlegene Streitkräfte gewinnt, die königlichen Höhen nm Aravain zu verlassen, über Oria zurückzukehren und Saran und Guelaria wieder aufzugeben. Die Nachricht von der Einnahme Estellas bestätigt sich nicht.

■ Berlin. 6. Februar. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Nachdem nun ein Monat des neuen Jahres beendet ist, müssen wir leider erkennen, daß selbst die Unstände, die in früheren Jahren erfahrungsmäßig wohlthätigen und beträchtlichen Einfluß auf das Börsengeschäft ausübten, in der jetzigen keine Wirkung überwanden. Das Jahresanfang belebte die Hoffnung, regte zu neuer Unternehmung an und fand viele Hilfsmittel in den Eingängen und Überdrücken, die aus Bins- und Überdrücken oder aus Jahreszahlungen resultierten. Nur verdeckt trat in diesem Jahre diese Anstrengung von liquiden Mitteln auf. Da es sogar schwierig ist überhaupt zu erkennen, da sich in diesem Jahre gerade der Prozeß im umgelebten Richtung, so abspielt. Statt Binsen zu bekommen, muß der Effektivbürger seinen Bestand teilweise zum Verkauf bringen, um sich Baugeld zu verschaffen. Der Gedanke, die Haushalte zur Herrschaft zu bringen, wurde wohl von Niemand weiter gefaßt, als von einigen der Hantenteilnehmer anbezüglichen ersten Häusern. Allerdings mußte er aber bald wieder aufgegeben werden, und die leitende Firma ist nur die, daß in der Börse überhaupt noch etwas zu verdienen sei. Zeigte sich auch an einzelnen Tagen ein Anstieg an Festigkeit, so verlor die Börse doch gleich wieder in intensiver Geschäftlosigkeit und Miet-

In den ersten Tagen dieser Woche brachte die Börse eine leidlich feste Haltung zum Ausdruck und es schien, als werde sie sich nun dauernd einer besseren Richtung zuwenden. Mit vielem Recht darf man hier die Veranlassung in dem nun wieder auf normale Höhe zurückgegangenen Binsfuß sehen. Am offenen Markt sind Diskonten schon zu 2%—2½ Pro. gefund. Gibt dieser Zustand einerseits einen Verlust für die Flüssigkeit des Geldstandes, so spiegelt er andererseits aber deutlich das gänzliche Darniederliegen des gesamten Handelsverfahrs.

Die kürzlich so überraschend aufgetretene Mattheit der schweren Eisenbahnen fand in dieser Woche eine erneute Auflage. Man hatte gesetzlichlich die unbekümmerten Gerüchte, die über einen drückenden Geldbedarf der Bergisch-Märkischen Eisenbahn in die Offenstadt drängten, aufzubauen und es dahn gebracht, daß die Aktien einen beiderseitigen Rückgang erfuhr.

Später versuchte man das gleiche Manöver für Köln-Mindener in Anwendung zu bringen, hatte damit jedoch nicht sonderlichen Erfolg. Im Allgemeinen war die Stimmung eine beruhigtere. Manche Umsätze blieben meist nur in sehr engen Grenzen. Unter den Börsen zeichneten sich die Aktien des Berliner Kassenvereins durch sehr erhebliche Rückgänge aus. Die Dividende ist auf 19½ Prozent gestellt und bleibt also ca. 10 Prozent gegen die beiden lebt vorangegangenen Jahre zurück.

Auswärtige Börsen waren recht fest und traten auch russische Werke mehr in Aktion, besonders sind von diesen Prämienanleihen und Bahnen zu erwähnen. Für garantirte russische Prämienanleihen wahrt unsere Börse besondere Vorliebe, das disponible Material ist aber sehr knapp.

Pistolenfänger, das Neueste der Saison, findet zu haben bei Mannheim Wolfssohn, Krämergasse. Verschied. Sorten Fische, als: Hechte, Karpfen, Welse empfohlen zu ermäßigten Preisen auf dem Markt, sowie in meiner Wohnung Wallstraße 78. **Nikolaus Palczewski.** Ein Laden in belebtesten Gegend ist hier zu vernehmen Nähern. Nr. 50. postlagernd. (Beilage).

Ein Paar gebrauchte, gut erhaltene schwarzlederne Sledengeschieße, ebenso ein Paar Kummetsgeschieße mit plattirtem Beschlag sind zu verkaufen. St. Martin 58, im Hofe I. beim Kutschier.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar c. liefern nachnamte Bäder das Roggenbrot und Semmel zu den angegebenen schweren Gewichten:

Brot à 50 Pf.

Simon Eicht, Markt Nr. 9	2 Kilo	50 Gr.
Johann Lechner, Bäckerstr. 11 b.	2	500
Valentin Preisler, Bäckerstr. 21	2	500
Ignaz Rycklicki, Halbdorfstr. 17	2	12
Anton Dörfowial, Wallischei 26	2	500
Andreas Wrembski, Wallischei 28	2	10
Heinrich Neberhein, St. Martin 33	2	100

Semmel à 10 Pf.

Simon Eicht, Markt Nr. 9	250 Gr.
Anton W. Lischner, Fischerstr. Nr. 24	250
Johann Lechner, Bäckerstr. 11 b.	250
Telesphor Lipinski, Halbdorfstraße 7	250
Ignaz Rycklicki, Halbdorfstraße 17	250
Anton Türl, Wallischei 30	224
Ad. Heinz, St. Martin 68	250
Heinrich Neberhein, St. Martin 33	220

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaren-Laren verwiesen.

Posen, den 5. Februar 1875.

Königlicher Polizei-Direktor,
Stanley.

Bekanntmachung.

Die Stelle des Kämmerei- und Sparlachen Rendanten hierorts, mit welcher ein Einkommen von ca. 1320 Mark verhahnen ist, wird zum 1. Juli c. vakant.

Bewerber wollen sich unter Nachweis ihrer Befähigung bis zum 15. März c. bei und melden. Kautio 1800 Mark. Szduny, den 5. Februar 1875.

Der Magistrat.
Eisenacker.

Bekanntmachung.

Die Meldungsfrist für die unter dem 1. Januar ausgeschriebene Försterstelle im Revier 1 der städtischen Forst wird bis 20. April d. J. verlängert.

Schwerin a. W., den 6. Febr. 1875.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 280 die Firma Isaak Werner zu Borek und als deren Inhaber der Kaufmann Isaak Werner II. in Borek zufolge Verfügung vom 2. Febr. 1875 heute eingetragen worden.

Krotoschin, der 3. Februar 1875.
Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Großherzogthum Posen, im Birnbaumer Kreise belegene, in Grundbuche der Rittergüter eingetragene, dem Rittergutsbesitzer Albert Friedrich Gustav Carl von Bennigsen-Börger und dessen Ehefrau Clara geborenen von Treslow gehörige Rittergut Striche, welches mit einem Flächeninhalt von 725 Hectaren 81 Aren 80 Quadratstaub der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beitrag von 822,20 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 518 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substation am

Freitag

den 9. April d. J.

Vormittags 10 Uhr
am hiesiger Gerichtsstelle versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Gute und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereit gestellten oder noch zustellenden besuchenden Verkaufsbedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Der Beifluss über die Erteilung des Aufschlags wird in dem auf

Montag

den 12. April d. J.

Vormittags 10 Uhr
im Geschäftskontor Nr. 4 des unterzeichneten Gerichts anberaumten Terme öffentlich verkündet werden.

Birnbaum, den 13. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung

Der Substations-Richter.

Bekanntmachung.

Am 6. d. M. Abends 8 Uhr hat sich in Malta ein Pferd, anscheinend ein Bauernpferd, ohne Geschirr eingefunden. Dasselbe ist dunkelbraun, ohne Abzeichen, hat eine verschneite Mähne und ist im mittleren Gutterzustand.

Der unbekannte Eigentümer wird aufgefordert, dasselbe gegen Erstattung der Infektions- und Futterkosten bei dem Unterzeichneten zu reklamiren, widrigens wenn dies in 8 Tagen nicht geschehen sein sollte, das Pferd verkauft und der Erlös dem Gerichte überlieferd werden wird.

Posen, den 8. Februar 1875.

Der Distrikts-Kommissarius.
Strassburg.

Die Lieferung von Kalk und Cement zu den Hochbauten in der III. Bauabtheilung der Kreuzburg-Posener Eisenbahnlincie ist sofort zu vergeben.

Bedingungen hier in meinem Bureau jederzeit zur Einsicht. Offerten schriftlich. Pleschen, 5. Febr. 1875.

C. Würtemberg jr.**Maurer- u. Zimmermeister.**

Mein bisheriger Hilfspraktikant hat eine öffentliche Anstellung bekommen, in die er möglichst schleunig, spätestens bis zum 1. April d. J. eintreten muß. Ich erfülle nun Kandidaten, die die Prüfung pro lic. conc. bestanden und gezeigt sind, eine solche Stellung, bei mir anzunehmen, ihre Bewerbung mit begegnen abdrifft. Zeugnissen, schleunigst mir zufommen zu lassen. Gehalt vorläufig 400 Thlr. aufs Jahr.

Der Prediger Ohnesorge zu Friedeberg in der Neumarkt.

Möbel-Auktion.

Mittwoch, den 10. d. von

9 Uhr ab werde ich Sapehapl. 6 verschiedene Möbel, als: Sofas in Plüsch, Kleider-, Wäsche- und Küchen-Spinde, Stühle, Kommoden, Auszieh- und andere Tische, ein Cylinderbureau, eine große Partie Goldsachen, als: Herren- und Damen-Uhren, lange und kurze Ketten, Ringe, Brochen, Ohrringe etc. gegen baare Zahlung versteigern.

Kat., Auktionskommissarius.

Zweistückiges**Gasthaus,**

bestehend aus einigen Gastzimmern, Gastställen, einem Saale und 19 Morgen gutem Acker, gelegen an mehreren sich kreuzenden Chaussees, in einer Stadt des Krotoschiner Kreises, ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt

A. Lukowski

in Rawicz.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in d. kürzesten Frist u. garantirt selbst in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8-1 Aren 80 Quadratstaub der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beitrag von 822,20 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 518 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substation am

Kublinski, Bahnhort.

Empfangsstunden 9-6 Uhr.

Posen, St. Martinstr. Nr. 4, neben der Kirche.

Violinunterricht

für Anfänger u. Vorgeschriften wird

gewissenhaft und billig ertheilt Hotel du Nord im Hofe 11, Sprechst. 10-12 Verm., 5-7 Nachm.

In unserer seit 1866 bestehenden, mit einer höheren Döchterschule verbundenen Lehrerinnen-Bildungs-

Anstalt

zu Bromberg beginnt Anfang April

ein neuer Kursus. Neben die bisherigen Resultate wollen gütige Auskunft ertheilen Herr Regierungs-Schulrat Junglaß und Herr Seminar-Direktor Vater als Mitglied der königl.

Prüfungskommission. Auswärtige Zöglinge finden Aufnahme in unserem Hause; Anmeldungen werden bald erbeten. Näheres durch

Ida u. Sophie Schneider.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse. Pension.

Posen, Berlinerstr. 23, vis-a-vis

der Paulikirche.

Dr. Theile.

Peruguano, Chillsalpeter,**schwefelsaures Ammoniak etc.**

nach Marktpreisen.

Wir stehen mit Preis-Couranten, Proben u.

jeder Zeit zu Diensten und leisten Garantie für den Gehalt unserer Düngmittel.

Ida u. Sophie Schneider.

Bekanntmachung.

Am 6. d. M. Abends 8 Uhr hat sich

in Malta ein Pferd, anscheinend ein

Bauernpferd, ohne Geschirr eingefun-

den. Dasselbe ist dunkelbraun, ohne

Abzeichen, hat eine verschneite Mähne

und ist im mittleren Gutterzustand.

Der unbekannte Eigentümer wird

aufgefordert, dasselbe gegen Erstattung

der Infektions- und Futterkosten bei dem

Unterzeichneten zu reklamiren, widrigens

wenn dies in 8 Tagen nicht geschehen sein

sollte, das Pferd verkauft und der Erlös

dem Gerichte überlieferd werden wird.

Posen, den 8. Februar 1875.

Der Distrikts-Kommissarius.

Bekanntmachung.

pro 31. Dezember 1874 (Beginn des Geschäfts 15. Oktober 1874.)

Activa:

	Mark Pf.	Mark Pf.
1. Kassenbestand	158 89	3975—
2. Ausstehende Forderungen (in Wechseln)	4935—	96—
3. Utensilienwert	51—	1003 52
	5144 89	595
		43 64
		20 78
		5144 89

Passiva:

1. Mitgliederguthaben	3975—
2. Reservesond	96—
3. Depositen	1003 52
4. Schuldige Zinsen (für Deposten)	595
5. Anticipando-Zinsen	43 64
6. Reingewinn	20 78
	5144 89

Schrinner Kreditverein.

Eingetragene Genossenschaft.

Schachnow.

H. Breslaner.

Stürmer.

Holzverkauf.

Donnerstag den 11. Febr.

Mittel gegen Trunksucht.

In mehr als tausend Familien ist durch dieses häuslicher Friede, ehrliches Glück wiedergekehrt. Die Kur kann mit, auch ohne Wissen des Kranken vorgenommen werden, was der Gesundheit nicht schadet. Auch sichere Hölze für Krampfleidende und Leberkränke. Reflektende wollen ihre Adresse an Dr. Gustav Th. Konechth in Guben einfinden.

Spinnerei-Maschinen - Verkauf.

Bei Unterzeichneter stehen billig und in noch gutem Zustande zum baldigen Verkauf eine Pelzmaschine und Vorrichtung 0,5 Mr. trett, für Hand- und Riemebetrieb, auch ein Wolf und 60er Spinnmaschine können abgegeben werden. Gleichzeitig empfehle ich meine Dampfspinne zum Spinnen von Wolle zu Strick- und Webgarne in jedem Quantum, auch fertige Garne, roh und gefärbt, zu billigen Preisen.

C. Weissmann. Neutomischel.

Stollwerck'sche Brust-Bonbons

aus der Fabrik von Franz Stollwerck, Hoflieferant in Köln.

Von wohltätiger Wirkung gegen Husten und Heiserkeit, eine vor treffliche Komposition auslösender und befriedigender Mittel, daher bei Zuständen, die noch keiner Arznei bedürfen, gewiß empfehlenswerth.

Per Paket 50 Pfge. läufiglich in: Posen bei S. Alexander (S. Kirsten), St. Martin; E. Brechts Bwe., Bronnerstr.; A. Gschwitz; Alb. Classen, Friedrichsstr.; C. Feiertz; H. Hummel, Breslauerstr.; E. Kleßhoff, Krämerstr. 6; E. Kleßhoff jr., Wilhelmplatz 6; R. Neugebauer, Berlinerstr. 15b; R. Nowakowski, Halbdorfstraße; Oswald Schäpe, St. Martin; Ed. Stiller.

Hochrothe süße Catania-Apfelsinen, französische Catharinpflaumen, junge Schooten, Schneidebohnen, Stangen und Bruchspargel in Büchsen, sowie zu der Fastenzeit: sehr schönen Afr. Caviar, fetten Weserlachs, Danziger Flundern, Elbinger Neunaugen, franz. u. russische Sardinen, sehr fette ger. Riesenlachs-Heringe und Matjes-Heringe, alle Sorten Käse und täglich frische

Gafelbutter,

empfiehlt
Eduard Feckert jun.
Berl.- u. Mühlenstr.-Ecke.

Pfannkuchen

mit verschiedener Füllung täglich mehrere Male frisch und empfehlen

Bunscherhaft

J. P. Beely & Co.
Zur Fastenzeit.

Das ewige Versöhnungssopfer. Von Domkapitular Dr. Dürr in Würzburg.

Empfohlen durch reichen, wertvollen, ganz im Geiste und Sinn der katholischen Kirche geschriebenen Inhalt, prachtvoller äußerer Ausstattung und den schönsten wie einfachsten Einbänden, in allen Buchhandlungen vorrätig.

Einbände incl. d. Buch. von Rm. 1. 50 = 75 Kr. d. W. an.

Galdorffstr. 39

sind Wohnungen von 120—150 Thlr. jährlich zu vermieten.

Näheres im Geschäftskloster Gafelbst.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten

Eindenstr. 1a. 3 Tr.

Kellerwohnung, zu jeder Werkstelle geeignet, ist Friedrichstraße 22 zu vermieten.

2 möbl. Zimmer billig zu vermieten

Mahlenstr. 38 1 Trepp (rechts).

Zum 1. April c. sind in der Bismarckstraße mehrere Wohnungen sowie auch Läden zu vermieten.

Posener Bau-Bank.

1 u. möbl. Zimmer sof. billig zu verm. St. Martin 60, 3 Tr.

Die Brennereiverwalterstelle in Womewno ist besetzt.

Ein Gärtner, der auch verheirathet sein kann, findet sogleich oder zum 1. April c. bei gutem Gehalt Stellung auf der Domaine Albrechtshof bei Bythin.

Drillmaschinen,

Schöpfträder- und Löffel-System, Breitsägemaschinen, Guanostreuer, sowie mein grosses Lager anderer landwirtschaftlicher Maschinen

aus den renommirtesten Fabriken empfehle ich hiermit.

J. Kemna, Breslau,
Eisengiesserei und Maschinen-Fabrik.

Posener Consum-Verein

(Eingetragene Genossenschaft)

empfiehlt:

Ulmer Perlgrape in allen Sorten, Wiener Gries, Banater Weizenmehl, Wiener Kaiser-Mehl Nr. 00. (H. 2209 a.)

Charlottenburger,

Braunschweiger Cervelat- u. Leberwurst; Westphälischen Schinken, sowie fr. geräucherten und mar. Lachs; Hamburger Flundern und Kieler Speckbüchlinge empfiehlt (H. 2215 a.)

S. Samter jun.,

Wilhelmsplatz 17, neben Mülbaur's Restaurant.

Mit Kaiserl. Königl. Österr. Privilégium und Königl. Preuß. Ministerial-Approbation.

Dr. Hartung's Chinarden-Oel, zur Conservirung und Verschönerung der Haare; in versiegelten Flaschen, a 10 Sgr.

Dr. Borchardt's aromatische Kräuter-Seife, zur Verschönerung und Verbesserung des Teints und erprobt gegen alle Hautunreinigkeiten; in Original-Päckchen, a 6 Sgr.

Professor Dr. Lindes Vegetabilische Stangen-Pomade, erhöht den Glanz und die Elasticität der Haare, und eignet sich gleichzeitig zum Festhalten der Scheitel; a 7½ Sgr.

Apotheker Sperati's Ital. Honig-Seife zeichnet sich durch ihre belebende und erhaltende Einwirkung auf die Geschmeidigkeit und Weichheit der Haut aus; a 5 und 2½ Sgr.

Dr. Hartung's Kräuter-Pomade, zur Wiedererweckung und Belebung des Haarwuchses; in Original-Tiegeln a 10 Sgr.

Dr. Suin de Boutevard's aromat. Zahnpasta, das universellste und zuverlässigste Erhaltungs- und Reinigungsmittel der Zähne und des Zahnfleisches; a 12 und 6 Sgr.

Dr. Kochs Kräuterbonbons, in Schachteln à 10 und 5 Sgr., bewahren sich als besonders wohlthuend bei Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse etc.

Aecht in Posen einzige und allein zu den Originalpreisen vorrätig bei:

J. Menzel, (Carl Mattheus),

Wilhelmsstrasse, neben dem Postgebäude,

sowie auch in: Bromberg: Carl Schmidt, Fraustadt: Aug Cleemann, Gnesen: J. B. Lange, Inowraclaw: Herm. Citron, vorm. H. Senator, Kempen: M. Wohl, Krotoschin: A. E. Stock, Lissa: J. L. Hausen, Ostrowo: Herm. Sieradzki, Pleschen: Th. Musielewicz, Rawicz: R. F. Frank, Rogasen: Jonas Alexander, Samter: W. Krüger, Schröda: Fischel Baum, Schublin: O. L. Albrecht, Schwedrin: E. H. Cohn's Buchhandlung, Witkow: R. A. Langiewicz und in Wreschen bei C. Winzewski.

Zum 1. März oder 1. April c. suche ich einen brauchbaren Haushaltshelfer. Nur wirklich routinierte Personen wollen ihre Zeugnisse mir einsenden. Gehalt nach Qualifikation 20 bis 25 Thaler monatlich.

Neutomischel, den 2. Febr. 1875.

Grensch.

Kreis-Steuereinnehmer, Rechnungsbeh.

Ein Hofverwalter, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, mit der einfachen Buchführung womöglich vertraut, findet in meinem Bierdepot und Spezereiaaren-Geschäft unter günstigen Bedingungen sofortiges Engagement.

Dom. Syncn, pr. Samter.

Offene Stellen

für alle Branchen des Handels, der Land- und Forstwirtschaft vermittelst für Stellenvergeber kostenfrei, für Stellensuchende gegen bildeles Honorar das Vermittlungs-Bureau von August Dröse in Danzig (D. 8445.)

Einen Laufburschen sucht Joseph Polowicz, Markt 74.

für mein Galanterie- u. Kurzwaren-Geschäft suchte per 1. April 1 Lehrling.

Joseph Basch, Markt 59.

Eine gewandte Bühma-herin, die auch der Maschine mächtig ist, wird für eine Provinzialstadt unter günstigen Bedingungen verlangt. Gef. Meldungen nimmt die Exped. d. Btg. unter Nr. 77 entgegen.

Gesucht

ein tüchtiger Lagerdiener für ein Stahl-eisenwaren-Geschäft, routinierte Rei-sende, Korrespondenten und Buchhalter mit schöner Handschrift, gewandter Verkäufer für alle Branchen, namentlich für Modewaren und Tuchhandlungen, mit der Konfektion vertraute junge Leute, sowie Lehrlinge für alle fau-männischen Branchen durch das Stellen-vermittlungs-Bureau von Herm. Zimmermann, Stettin, Mönchen-strasse Nr. 15, 2 Treppen.

Ein Bautechniker, im Zeichnen und Veranschla-gen tüchtig, findet sofort oder vom 15. Februar dauernde Beschäftigung beim Maurermeister

Georgi,
Ostrowo, Kreis Adelsnau.

Ein Drechsler, unverheirathet, zur selbstständigen Leitung einer Drechserei mit Dampfbe-trieb kann sich zum sofortigen Antritt melden in der Fabrik für Bau-, Möbel- u. Parquet-Arbeit

von S. N. Kayser & Co.

in Krotoschin.

Ein zuverl. nüchterner Zimmerpolier

findet Beschäftigung gegen hohen Lohn b.

J. Krajewicz,
in Gnesen.

Einen Gehilfen, flotten Verkäufer, mit guten Zeugnissen und einem Lehrling, Sohn rechtlicher Eltern, mit der nötigen Schulbildung, beide der polnischen Sprache mächtig, sucht zum 1. April cr. die Eisenhandlung von

J. S. Schwartz
in Thorn.

Ein Wirthschaftsfräulein, ev., in allen Zweigen der Haus- u. Landwirtschaft erfahren, sucht als solche oder auch als Stütze der Hausfrau Engagement. Nöheres in der Exped. der Pos. Btg. sub E. A. 100.

Ein junger Mann vom Lande, zwei Jahre bei der Wirthschaft, wünscht eine Stelle unter Leitung des Principals.— Adresse K. G. Pinne postlagernd.

Ein Diener, der militärfrei und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht vom 1. April d. J. Stellung. Briefe postlagernd P. S. Birke.

Bolontär-Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann (Bayer), aus sehr guter Familie, akademisch gebildet, sucht auf einem gröheren Gute unter tüchtiger Überleitung in der Provinz Schlesien oder im südl. Theile der Provinz Posen behufs praktischer Ausbildung Stellung als Bolontär.

Gef. Offerten mit Angabe der nähe-ren Bedingungen unter G. 182 an die Annonsen-Expedition von Rudolph Mosse in Nürnberg.

Heiraths-Antrag.

Ein Landwirt in mittleren Jahren, evang., gebildet (landw. Ing., musik.) wünscht sich bald zu verheirathen. Damen oder Wittwen mit einem disponibl. Vermögen, nicht unter 20,000 R.-M., werden höchstens ersucht, unter Chiffre B. 3. 100 u. zuverlässiger Diskre-tion postlagernd Dalewo bei Schrimm bis zum 15. Febr. c. in Correspondenz zu treten.

25 Thlr. Belohnung.

dem ehrlichen Finder von 125 Thalern in Banknoten und Coupons. Abzugeben gegen obige Belohn. i. d. Exp. d. B.

Ein Portemonnaie, enthaltend eine schwarze Brosche mit Goldrand ist verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dasselbe gegen angem. Belohnung abzugeben bei

Gebr. Braun, Markt 91.

Gerichtstag

d. 9. II. 6. u. ferner — bei Schwerzenz.

Allg. Männer-

Gesang-Verein.

Narrenfest für Herren.

Sonnabend, d. 13. d. M.

Abends 8 Uhr

im Volksgarten-Saal.

Einführende Nichtmitglieder

haben gegen Entree von 3 Mark (1 Thlr.) Buttr.

Eintrittskarten für Mitglie-

der wie für Nichtmitglieder sind

von heute ab bei unserem Rendanten,

Uhrmacher Hrn. Schachneider, Markt

76, zu haben.

Beim Eintritt in den Saal erhält

jeder Teilnehmer unentgeltlich die Nar-

renkappe.

Der Vorstand.

Alle Mitglieder des Posener Zweig-

vereins der Gustav-Adolf-Stiftung

werden hierdurch eingeladen, sich zu

einer Generalversammlung

Mittwoch,

d. 17. Februar cr.

Nachmittags 4 Uhr,

in dem Saale der Valentin-Glaubitz-

ischen höheren Töchterschule, Wilhelm-

platz 12 (Eingang von der Großen

Ritterstraße) recht zahlreich einzufinden zu

wollen.

Tagesordnung: Berathung über einen

Vorschlag des Herrn Ministers, betref-

rend die Pastor Müller'sche Erbschafts-

fache.

Posen, den 8. Februar 1875.

Der Vorstand